

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 185 · 16. JAHRGANG · AUSGABE 7/2010 VOM 25. JUNI 2010 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **Massive Arbeitsüberlastung ist zu vermeiden**
Verwaltung nicht für Ortsvorsteher

7 | **Arbeit in Brandenburg wird nur neu verteilt**
Programm »Arbeit für Brandenburg«

14 | **Unternehmen Fußball**
WM contra soziale Rechte

Politspiele im Barnim:

Ping Pong und Lange Bank

Aus den Kreistagsausschüssen für Bildung und Jugendhilfe

Tue Gutes und rede darüber! Dieser Regel folgen Barnimer Politiker gern, wie Schönreden und Glanzbroschüren zeigen. Wird aber nach den Schattenseiten gegenwärtiger Zustände gefragt, so fallen die Antworten einsilbig aus. Wird gar ein Bericht über solche, nicht imagefördernden Themen verlangt, dann verschiebt man Bälle und delegiert sie an Sankt Nimmerlein.

Die zwei Förderschulen des Kreises für geistig Behinderte – Robinsonschule Bernau, Märkische Schule Eberswalde – benötigen außer speziell ausgebildeten Sonderpädagogen ein hohes Maß an medizinischen Betreuungsleistungen wegen verschiedener physischer Behinderungen der Schüler. An der Robinsonschule stehen bei 125 Schülern täglich 10 Therapiestunden für Ergotherapie, Logopädie u.ä. zur Verfügung, die die Krankenkassen tragen. Bei mehrfachbehinderten Kindern fällt außerdem ein umfangreicher Krankenpflegebedarf an (Füttern, Wickeln, Medikamente u.a.). Qualifizierte Pflegekräfte stehen der Schule täglich insgesamt für 90 Minuten zur Verfügung. Allein Sondernahrung oder Epileptikerbetreuung können aber je Fall gut 2 Stunden dauern. Da die Pflegekräfte nicht ausreichen, werden Lehrkräfte herangezogen, die dafür nicht ausgebildet sind und deshalb auch keinen Versicherungsschutz genießen. Die Situation ist bekannt. Sie ist lange bekannt. Sie ist inakzeptabel, aber sie wird vom Schulträger, dem Landkreis, und vom Dienstherrn, dem Bildungsminister, hingenommen.

Im Februar 2010 hat sich der Personalrat (PR) beim Schulamt Barnim-Uckermark per Schreiben an die beiden Kreistage gewandt. Er forderte die Bereitstellung von ausreichend Pflegepersonal durch die Schulträger und wies auf das Landesschulgesetz hin. Danach ist »sonstiges Personal« für »erzieherische, therapeutische, pflegerische, technische oder verwaltende Aufgaben« vom Schulträger zu stellen (§ 68.1-2). Die Kreisverwaltung Uckermark antwortete im April, sie gewährleiste eine ausreichende therapeutische und pflegerische Betreuung und erkannte ihre Zuständigkeit laut Schulgesetz ausdrücklich an. Von der Kreisverwaltung Barnim liegt dem PR dagegen bisher keine schriftliche Stellungnahme vor. Im März und April nahm der Bildungsausschuß (A7) den

Brief zur Kenntnis und legte fest, dazu eine Aussprache zu führen. Die fand nun endlich am 9. Juni statt. Allerdings vor einem Rumpfgremium. Anwesend waren 2 (zwei!) von 7 regulären Mitgliedern: die Abgeordneten Römer (FDP) als regulärer Vertreter der Vorsitzenden und Springer (Linke). In zwei Legislaturperioden habe ich das noch nicht erlebt, denn alle Fraktionen haben ausdrücklich Stellvertreter für ihre Ausschußmitglieder bestellt. Die anwesenden Schulvertreter (OSZ 1, Märkische Schule) werden sich ihren Teil gedacht haben.

Inhaltlich blieb es bei der Situationsbeschreibung – wie oben – und Ider beredten Feststellung des Bildungsdezernenten Dr. Mocek, »daß es sich um einen alten Streit [mit dem Ministerium, R.R.] zum Thema Pflegepersonal« handle. Der Kreis finanziere Pflegepersonal aus Honorarmitteln, für weiteres sei er nicht zuständig. Die Situation sei mit dem Schulamt zu klären. Ping Pong. Irgendwelche Schritte zur Bereinigung sah er nicht als erforderlich an – der PR könne ja zugunsten der Lehrkräfte klagen. Der Kreis läßt also die Schulbediensteten, aber auch Kinder und Eltern ungerührt im Regen stehen. Beste Voraussetzung für die weiteren Perspektiven der Sonderpädagogik. Denn die Bundesrepublik ist im März 2009 der UN-Behindertenrechtskonvention beigetreten. Diese verpflichtet zu einem »inklusiven Schulsystem« unter Aufgabe der Sonderschulen. Mit der kompletten Hereinnahme aller Sonderschüler in die allgemeinen Schulen wird der Bedarf an Förderkräften und damit der Finanzbedarf des Bildungssystems deutlich steigen. Was aber, wenn beides heute nicht einmal für die Förderschulen ausreicht? Das Sozialministerium führt dazu am 28. Juni (9 Uhr) eine Behindertenpolitische Regionalkonferenz im Eberswalder Kreishaus durch.

Fortsetzung auf Seite 2



Schön saniert und modernisiert erstrahlt die »Märkische Schule« im Brandenburgischen Viertel. Die Probleme für das Lehrpersonal, die Eltern und Kinder aufgrund fehlenden Pflegepersonals läßt den Schulträger, den Landkreis Barnim, hingegen kalt.

Der Luxuspräsident

Überraschend ist in der BRD das Staatsoberhaupt infolge einer Interviewhavarie abhanden gekommen. Kurz danach begann die Ämtersehnsucht um die Nachfolge. Der neue Präsident soll CDU-Mitglied sein. Schnell kursierten Namen von CDU-Politikern. Die Frau von der Leyen war kurzzeitig sogar erste Wahl. Aber es ist schwer vorstellbar, welches Gesicht Frau von der Leyen aufsetzen würde, wenn man als Staatsoberhaupt wieder einmal eine Trauerrede für die tödlichen Betriebsunfälle beim Kampfeinsatz zur demokratischen Ermordung der Afghanen halten muß, offiziell ist das ja kein Krieg.

Schließlich fiel die Kaderauswahl auf Wulff, dessen Wahl aufgrund der Stimmenverteilung in der Bundesversammlung sicher ist. Der Gegenkandidat wird von Gauck dargestellt, wohl wissend, daß es bei dieser Wahl genauso vorgeht wie bei der SED. Der Sieger steht vorher fest. Man könnte die Wahl aus Kostengründen einsparen, doch die Wahlshow wird inszeniert.

Nun wird Bundespräsident Wulff Probleme bekommen. Er ist jetzt 50 Jahre alt, im für ihn günstigen Fall beendet er das Amt im Alter von 60 Jahren. Was kommt danach? Außer CDU-Politik kann er nichts, wie sein Lebenslauf aussagt. Doch Politik darf er dann nicht mehr machen. Er wird mit 60 Jahren der teuerste Fröhrentner der BRD.

Betriebswirtschaftlich betrachtet ist Wulff eine schlechte Wahl. Seine Restlebenserwartung beträgt laut Statistik etwa 30 Jahre. Bei guter Pflege, was beim Staatsoberhaupt sicher der Fall sein wird, ist noch mehr drin. Davon ist er aber maximal 10 Jahre Bundespräsident. Folglich müssen für ihn die dreifachen Bezügekosten einkalkuliert werden.

Angesichts des gleichzeitigen Katzenjammers um den Bundeshaushalt, mit dem die Merkel-Regierung wirtschaftliche Mißerfolge belohnt, und dabei die Taschen einiger ausgewählter Nichtskönner mit Millionen von Euros füllt, könnte Wulff Volksverbundenheit zeigen, wenn er auf die Hälfte seiner Bezüge verzichten würde. Dann hätte er immer noch genug, und er würde sich schon einmal von den Versagern in der BRD-Gesellschaft finanziell abgrenzen.

UDO MÜLLER-WETZDORFF

Bundespräsidentenwahl

Anlässlich der Wahl des Bundespräsidenten laden wir Sie herzlich ein, am 25. Juni im Café am Weidendamm, Schicklerstraße, um 19 Uhr mit uns über die Kandidaten zu diskutieren. Wir werden TV-Ausschnitte aus der Rede von Joachim Gauck zur Freiheit und auch Informationen zum Niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff präsentieren. Ggf. auch zu weiteren Bewerbern (Frau Jochimsen). Anmeldung bis 20.6. unter Tel. 0179/5121637. STEPHAN FISCHER, Vorsitzender der FDP Eberswalde

Fortsetzung von Seite 1:

Ping Pong und Lange Bank

Ein Tag zuvor erfuhr man im Jugendhilfeausschuß (A8), daß die Tagesmütter/väter im Kreis versicherungsmäßig nicht besser daran sind als die Lehrkräfte der Förderschulen bei Pflgetätigkeiten. Für die Zulassung zur Tagespflege hält die Kreisverwaltung einen Lehrgang mit Abschluß für ausreichend. Die Berufsgenossenschaft verlangt deren zwei. Folge: Die Tagespflegepersonen bleiben bei der Variante des Kreises ohne Versicherungsschutz. Besonders alarmiert wirkte das Jugendamt aber nicht. Vermutlich denkt man im Stillen, die Pflegepersonen sollten selbst sehen, wie sie zu ihrem Versicherungsschutz kommen...

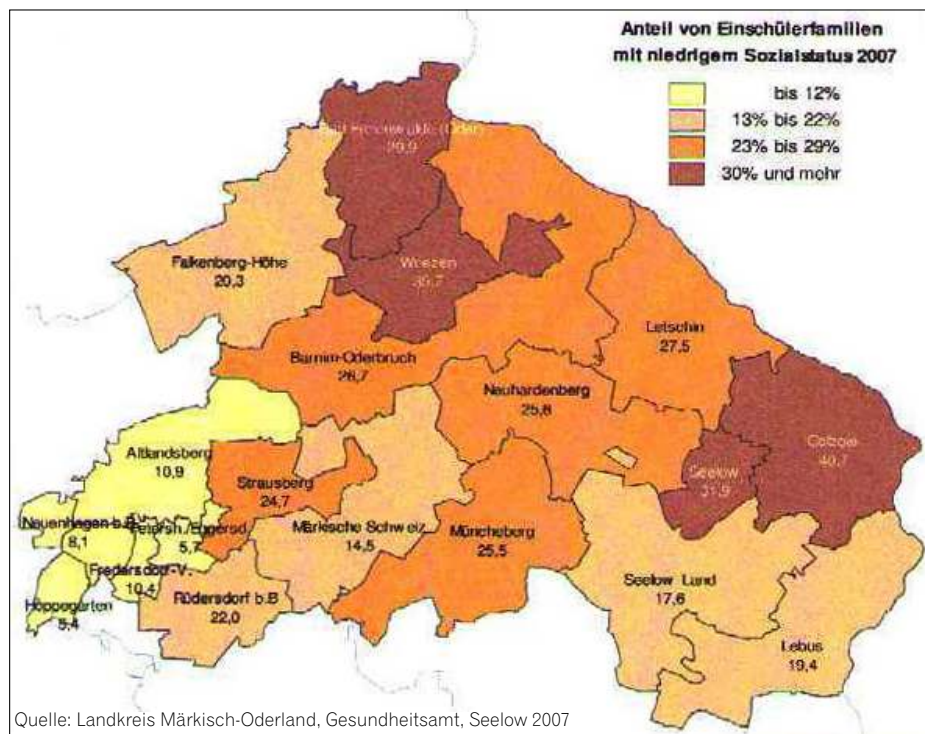
Seit 2009 beschäftigt sich der A8 mit dem Projekt eines »Lebenslagenberichtes« für den Barnim. Erwartet werden davon neben konkreten Daten zu den Sozialräumen (= Gemeinden bzw. Stadtteile, insbes. über Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene) Hinweise auf soziale Brennpunkte und dort anzusetzende Maßnahmen sowie deren bessere Koordination. Ein gemeinsamer Beschluß von Jugendhilfe- u. Sozialausschuß vom Oktober wurde nach weiterer Barbeitung von den Fraktionen trotz Zustimmung ihrer Fachvertreter im Kreis ausschuß zurückgewiesen. Die CDU wollte das Vorhaben überhaupt zurückgestellt wissen, bis – die Berliner Koalition das SGB II überarbeitet hätte! Sankt Nimmerlein läßt grüßen. Ein interessantes Beispiel für die erreichbare Aussagekraft ist der »Sozialbericht über die Lage der Kinder und Jugendlichen« 2008 des Kreises MOL (www.maerkisch-oderland.de). Er wurde von einer Kraft der Seelower Kreisverwaltung

und einem Viadrina-Studenten – mit Unterstützung der Frankfurter Sozialwissenschaftlerin Prof. Anna Schwarz in etwa 6 Monaten erarbeitet. Daraus stammt die hier gezeigte Grafik zum sozialen Status der Schulanfänger. Was MOL konnte, sollte BAR wohl auch schaffen! Im April beschloß der Kreistag auf Antrag der Linken das Vorhaben und die nötigen Finanzmittel, deren Freigabe aber an die abermalige Verabschiedung einer Konzeption für den Bericht durch den A8 geknüpft wurde. Dafür lagen dem Ausschuß detaillierte, weitgehend übereinstimmende Entwürfe mehrerer Fraktionen vor. Der A8 überließ deren Bearbeitung einer »Arbeitsgruppe«, die sich in praktisch nicht öffentlicher Sitzung »nicht einigen« konnte, wie ohne Details am 8. Juni mitgeteilt wurde. Die »Arbeitsgruppe« vertagte sich auf – den 4. August. So schiebt »man« einen ungeliebten Kreistagsbeschluß, wenn er schon nicht zu verhindern war, auf die lange Bank! Zwischenzeitlich hätte die Verwaltung ab Ende April auf Grund der vorliegenden Entwürfe mit der Beschaffung von Datenmaterial, vor allem aber mit der Suche nach einem universitären Partner beginnen können. Denn Projekte, Semester- und Diplomarbeiten werden mit Studienjahrsbeginn an Studenten vergeben. Die Passivität der Kreisverwaltung ist geeignet, das Vorhaben um ein ganzes Jahr zu verschleppen.

Aber Sozialdezernentin Ulonska lehnt sich zurück: ohne Zustimmung der »Politik« könne sie nicht tätig werden...Ping Pong.

ROLF RICHTER,

Mitglied im A8, Sachkd. Einwohner im A7



Nazi-Aufmärsche gerieten zum Desaster Herzenssache

Bernau/Eberswalde/Bad Freienwalde/Strausberg (bbp). Mit sieben angemeldeten Demonstrationen in sieben nordostbrandenburgischen Städten wollten die Neonazis der »Kameradschaft Märkisch Oder Barnim« (KMOB) von Ende Mai bis Anfang Juli ihre Stärke zeigen. Doch daraus wurde nichts. Stärke zeigten vielmehr die Gruppen, Vereine und Einzelpersonen der Initiative »Brandenburg Nazifrei«.

Die geplanten Aufmärsche in Joachimsthal am 26. Juni und in Biesenthal am 3. Juli hatten die Veranstalter im Vorfeld abgesagt. Und bereits der Auftakt der Aufmarschreihe am 29. Mai in Bernau geriet für die angereisten rund 90 Neonazis zum Desaster. Rund 500 Menschen waren dem Aufruf von »Brandenburg Nazifrei« gefolgt und beteiligten sich an Menschenblockaden gegen den geplanten Naziaufmarsch. Bernauer Schülerinnen und Schüler, Berufstätige und Rentner – »ein repräsentativer Einwohnerquerschnitt des kleinen Städtchens im Barnim« (Nordkurier) – sowie Engagierte aus anderen Brandenburger Orten, darunter verschiedene Abgeordnete aus Bund, Land, Kreis und Kommune beteiligten sich an der Blockade. Vor allem dieses breite Spektrum des antifaschistischen Protestes veranlasste die Polizei, von einer Räumung der Blockade abzusehen. »Die 90, zumeist von außerhalb angereisten, Nazis konnten in Bernau somit keinen Meter laufen. Einmal die Bahnhofstreppe runter, 2 Stunden lang Beine in den Bauch stehen, sich ärgern, dann wieder die Bahnhofstreppe rauf – das war der Auftakt der KMOB-Demos.« Brandenburg Nazifrei sagt Danke an alle, die sich in Bernau daran beteiligt haben, die Nazis zu stoppen: »Ihr wart absolute Spitze! Wir haben gezeigt, daß auch in einer Brandenburger Kleinstadt mit organisierten Menschenblockaden die Nazis aufgehalten werden können.«

Eine Woche später, am 5. Juni, wollte der KMOB in Eberswalde demonstrieren. Eine besondere Provokation angesichts der Tatsache, daß an diesem Tage das Straßenkulturfest FinE und der Tag der offenen Tür der Eberswalder Hochschule für nachhaltige Entwicklung (HNE) stattfanden. Trotz der Vorbehalte der FDP, geäußert durch deren Jugendorganisation, sahen sich die Nazis einer geschlossenen Front (incl. des FDP-Bürgermeisters F. Boginski) gegenüber, die einen Marsch des braunen Mobs in Eberswalde verhindern wollte. Das zeigte Wirkung. Am Abend vor ihrem geplanten Aufmarsch sagten die Neonazis diesen bei der Polizei ab. Die angereisten NazigegnerInnen feierten auf dem Bahnhofsvorplatz ihren Erfolg. Das Straßenkulturfest und der Tag der offenen Tür konnten ohne Störungen stattfinden. Somit fand von den vier im Landkreis Barnim angekündigten Aufmärschen kein einziger statt.

Bad Freienwalde ist für die KMOB Ausgangspunkt ihrer Aktivitäten. Viele Mitglieder der Kameradschaft stammen aus Bad Freien-



walde und den umliegenden Dörfern. Ihren Aufmarsch in Bad Freienwalde am 12. Juni stellten sie unter das zynische Motto »Für ein freies Jugendzentrum« – das Datum ist der zweite Jahrestag des Brandanschlags eines Neonazis auf das alternative Jugendzentrum Maquis in Bad Freienwalde. Auch in Bad Freienwalde hatten die Stadt und verschiedene antifaschistische Organisationen Gegenveranstaltungen angemeldet. Doch die Polizei hatte es dem Bündnis »Brandenburg Nazifrei« untersagt, den Neonazis ihre Ablehnung in Ruf- und Sichtweite zu zeigen. Eine vom Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bereits am 4. März 2010 angemeldete Kundgebung vor dem Bahnhof Bad Freienwalde wurde untersagt, weil dort zu wenig Platz sei. Daraufhin verlegte das Aktionsbündnis den Veranstaltungsort auf die nächstgelegene Straßenkreuzung Bahnhofstraße/Wasserstraße. Drei Tage vor der geplanten Demonstration untersagte die Polizei auch diesen Kundgebungsort, weil dadurch der Straßenverkehr beeinträchtigt würde.

Unter diesen Bedingungen gelang es etwa 60 Nazis am 12. Juni durch Bad Freienwalde ziehen. Dieser Erfolg war allerdings durch deren relativ geringe Teilnehmerzahl getrübt. Die etwa 250 Nazigegner wurden von der Polizei von der Aufmarschrouten ferngehalten, so daß keine Blockade möglich war. Allerdings fehlte bei den Gegendemonstranten diesmal auch die Entschlossenheit die noch am 29. Mai bei der Blockade in Bernau zu beobachten war.

Mit dieser Entschlossenheit gelang es schließlich am 19. Juni in Strausberg erneut, den geplanten Nazi-Marsch zu stoppen. Etwa 500 Gegendemonstranten zwangen einige hundert Metzger vom Bahnhof entfernt mit einer Sitzblockade die rund 100 Neonazis zur Umkehr.

Der letzte der angemeldeten Aufmärsche des KMOB soll am 10. Juli in Manschow stattfinden. Hier wollen die Neonazis »gegen Kinderschänder« demonstrieren. In Gorgast, ganz in der Nähe von Manschnow, wurde vor wenigen Tagen ein behinderter Jugendlicher sexuell mißbraucht – die mutmaßlichen Täter gehören der Neonaziszene an. Aktuelle Informationen finden sich auf www.brandenburg-nazifrei.de.

Eine Gruppe älterer und junger Leute – der Älteste war Alexej mit 87 Jahren – stand plötzlich unter den Anwesenden, die am 8. Mai zur Kranzniederlegung anlässlich des 65. Jahrestages der Befreiung zum Ehrenmal der Gefallenen der Sowjetarmee in Eberswalde gekommen waren. Die Gruppe war nicht bestellt oder angemeldet, kam aus Salechard und Nowy Urengoi, Großstädte mit über 100.000 Einwohnern im Norden Sibiriens.

Umso herzlicher wurden sie von Mitgliedern des Kreisverbandes Eberswalde der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft (BFG), die eben zusammen mit den Vertretern der Russischen Botschaft ihre Blumengebinde unter den getragenen Klängen des Harmonika-Duos am Ehrenmal niedergelegt hatten, begrüßt. Die meisten der zur feierlichen Ehrung Erschienenen nahmen wohl den unerwarteten Besuch gar nicht richtig wahr. Obwohl er an Ungewöhnlichkeit seinesgleichen sucht und nicht hoch genug gewertet werden kann.

Vom Gebiet der Jamal-Halbinsel, dem Autonomen Kreis der Nenzen, dort, wo viel nach Erdöl und Gas gebohrt wird, die Winter sehr lang und die Tage dann überwiegend aus Dunkelheit bestehen, hat sich die kleine Gruppe von Veteran(inn)en, begleitet von einigen jungen Leuten aufgemacht, um das Gedenken an die Opfer des II. Weltkrieges zum 65. Jahrestages des Sieges über den Faschismus hier in dem Land zu erleben, das soviel Leid in die Welt getragen hat. Die Mitglieder der BFG konnten im Gespräch mit ihnen über viele noch bestehende Kontakte zu guten Bekannten in Rußland und der GUS, sowie über die Bemühungen zur Pflege des Freundschaftsgedankens auch nach dem Abzug der russischen Streitkräfte aus Deutschland berichten. Trotz des engen Zeitplans fand sich noch eine Viertelstunde, in der ein paar Mitglieder der BFG mit den aufgeschlossenen Veteranen zum neu eingerichteten Garnisonsfriedhof in der Eisenbahnstraße führen. An diesem Ort waren »unsere Sibirier« stark von den Eberswalder Aktivitäten zur Pflege einstiger und immer noch bestehender freundschaftlicher Beziehungen hier in der Stadt beeindruckt. Herzliche Umarmungen, besonders mit Alexej, der als Flieger in den Apriltagen 1945 am Sturm auf Berlin beteiligt war, bewiesen beim Abschied das gegenseitige Bedürfnis, nicht nachzulassen, freundschaftliche Begegnungen zu pflegen und jede Gelegenheit zu nutzen, sie zu erweitern.

Mit dem Austausch der Visitenkarten sind die ersten Fäden geknüpft, um das eben begonnene Freundschaftswerk über Tausende Kilometer hinweg fortzusetzen. Wir sind gewiß, daß Herr Aryatunyan von der russischen Botschaft helfen wird, wenn es irgendwie holpert.

Der erste Brief ist auf die Reise geschickt. Die Antwort wird mit großer Spannung erwartet.

Frauenstudie

Eberswalde (bbp). Die beruflichen Perspektiven und Zielvorstellungen von Frauen aus dem Brandenburgischen Viertel und Stadtmitte stehen im Mittelpunkt einer Studie des DREIST e.V., die im Rahmen des Förderprogramms Stärken vor Ort gefördert wird und in diesem Jahr durchgeführt werden soll. Am 8. Juni fand dazu im Bürgerzentrum im Brandenburgischen Viertel eine erstes Arbeitstreffen statt, auf dem Frau Wesselmann als Beauftragte des DREIST e.V. über Inhalte und Anliegen der Studie informierte und um Unterstützung und Mitarbeit warb. Die Befragungen sollen die sozialen und ökonomischen Bedingungen deutlich machen, welche die Frauen in ihren beruflichen Perspektiven fördern oder hemmen. Das Ermögliche, ihren Bedarf an beruflicher Qualifizierung sowie ihre individuellen Voraussetzungen und Ressourcen zu erkennen und Projekte mit Angeboten zur Entwicklung, Stabilisierung und Verbesserung der beruflichen Perspektive von Frauen zu optimieren.

Die Studie orientiert sich an den Qualitätsstandards qualitativer Sozialforschung. Statt der Ermittlung statistischer Häufigkeiten – wie in der quantitativen Sozialforschung – werden hier durch die sehr detaillierte Analyse einer überschaubaren Anzahl von Fällen fundierte Aussagen zur sozialen Wirklichkeit getroffen. Es geht um die Herausarbeitung der spezifischen Besonderheiten auf die o.g. Frauen treffen bzw. welche sie an Voraussetzungen mitbringen. Die Datenerhebung soll daher äußerst gezielt und ökonomisch erfolgen. Es sollen sieben Frauen aus zwei Sozialräumen befragt werden. Dies ermöglichte einen Vergleich der Struktur- und Lebensbedingungen, wie auch der Einfluß auf die beruflichen Perspektiven und Zielvorstellungen von Frauen. Eine möglichst heterogene Zusammensetzung der Untersuchungsgruppe, also Frauen unterschiedlichen Alters, Herkunft, Familienstatus, mit und ohne Kinder, in Teil- oder Vollzeitbeschäftigung, wie auch Erwerbslose oder Teilnehmerinnen von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, soll ermöglichen, daß die gewonnenen Erkenntnisse auf alle in der Region lebenden Frauen übertragen werden können.

Als Erhebungsinstrument wird das »narrative Interview« genutzt, das nach subjektiven Sichtweisen der Frauen fragt und durch welches auch die sozialen Bedingungen, mit denen sie leben, deutlich werden. Alle Interviews werden einer speziellen mehrstufigen Analyse unterzogen. Schließlich würden sämtliche Hypothesen hinsichtlich ihrer Gültigkeit geprüft, womit am Ende »empirisch gesicherte und theoretisch fundierte Erkenntnisse« zur Verfügung stehen würden.

Tierpark Eberswalde:

400.000 Euro Kreiszuschuß ohne Haushaltsstelle?

Eberswalde (bbp). Mit der am 21. Mai versendeten Niederschrift zur Aprilsitzung der Stadtverordneten liegt nun nach langer Wartezeit die Antwort auf die Stadtverordnetenanfrage von Carsten Zinn (DIE LINKE) vom Januar zu den Wirtschaftszahlen des Eberswalder Tierparks der Öffentlichkeit vor. Hierfür war allerdings erst ein persönliches Eingreifen des 1. Beigeordneten der Stadt Eberswalde Lutz Landmann notwendig (BBP 5/2010).

Einen Teil der erfragten Zahlen hatte die BBP-Redaktion anhand übermittelter Auszüge aus der Jahresrechnung der Stadt Eberswalde selbst ermittelt und in der Mai-Ausgabe veröffentlicht. Offen blieben die genauen Besucherzahlen und die Anzahl der Personalstellen sowie die Antwort auf die Frage nach den kreislichen Zuschüssen, die ab 2010 den Etat des Tierparks unterstützen sollten.

Nach 254.353 Besuchern im Jahr 2008 ging die Besucherzahl 2009 leicht auf 250.237

zurück. Die Beschäftigtenzahl (in Vollzeitstellen) stieg von 31,75 auf 32,52. Die Zuschüsse des Landkreises lagen bei 400.000 Euro.

Unklar bleibt in der Antwort, wofür die Zuschüsse des Landkreises verwendet wurden. Allerdings wurde danach auch nicht konkret gefragt. Für die laufenden Kosten des Tierparks – also als Entlastung für die beträchtlichen jährlichen Zuschüsse aus dem städtischen Haushalt wurden die 400.000 Euro jedenfalls nicht eingesetzt. Der städtische Zuschuß erhöhte sich 2009 sogar gegenüber dem Vorjahr um 121.478,54 Euro auf 862.522,61 Euro. Auch eine Verwendung der 400.000 Euro Kreiszuschüsse für investive Maßnahmen des Vermögenshaushalts sind aus der Jahresrechnung 2009 nicht ersichtlich. Einschließlich neuer Haushaltsreste werden im Rechenergebnis des Vermögenshaushalts auf der Einnahmenseite lediglich 125.380,89 Euro und auf der Ausgabenseite 195.542,52 Euro ausgewiesen.

Massive Arbeitsüberlastung ist zu vermeiden

Für Ortsvorstehersprechstunden stehen Verwaltungsmitarbeiter nicht zur Verfügung

Eberswalde (bbp). Seit Inbetriebnahme der Verbindungsstraße zwischen dem Tierpark und dem Brandenburgischen Viertel ist die Verkehrsbelastung in der Lausitzer Straße für die Anwohner ein Dauerthema. Vorschläge, die weitere Durchfahrt zwischen Lausitzer Straße und Flämingstraße zu sperren und somit den Durchgangsverkehr über die Spechthausener und die Prignitzer Straße um das Wohngebiet herumzuleiten, scheiterten im vorigen Jahr an Einsprüchen von Feuerwehr und Rettungsdienst, sagte die Stadtverwaltung.

Inzwischen gibt es aus der Einwohnerschaft weitere Vorschläge, beispielsweise durch eine Einbahnstraßenregelung eine Verkehrsberuhigung zu erreichen. Um dies aktuell mit den Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren hatte der Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertels Carsten Zinn in Absprache mit dem amtierenden Baudezernenten Udo Götze vorgeschlagen, seine Bürgersprechstunde am 1. Juli im »Club am Wald« gemeinsam mit der

zuständigen Sachgebietsleiterin Irina Effenberger für den zwanglosen Dialog mit den betroffenen Anwohnern zu nutzen.

Nach Beratung in der Dezernentenkonferenz sagte der Baudezernent die avisierte Teilnahme der Sachgebietsleiterin an der Bürgersprechstunde ab. Der Sachstandsbericht zur »Verkehrsberuhigung in der Lausitzer Straße« in der Dezemberausgabe der Stadtteilzeitung »Ein- und Ausblicke« sei nichts hinzuzufügen. Die Verwaltungsspitze habe sich in der Dezernentenkonferenz verständigt, daß eine Inanspruchnahme von Verwaltungsmitarbeitern durch die Ortsvorsteher nicht notwendig und auch nicht erwünscht sei. Mit dieser Entscheidung wolle man einer massiven Arbeitsüberlastung von Verwaltungsmitarbeitern vorbeugen.

Ortsvorsteher Zinn rief daraufhin die betroffenen Anwohner auf, die Debatte zum Bürgerhaushalt 2011 für ihre Vorschläge zur Verkehrsberuhigung zu nutzen. Die Informationen dazu seien im Juli-Amtsblatt zu erwarten.

Bedeutet Rückbau gleich Totalabriß?

Eberswalde (bbp). Im April hatte der Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertels Carsten Zinn (DIE LINKE) im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt sowie im Hauptausschuß nachgefragt, ob Rückbau Totalabriß für das Brandenburgische Viertel bedeutet oder ob innovative Lösungen mit Blick auf zukünftige Defizite, insbesondere hinsichtlich alters- und sozialgerechtem Wohnraumbedarf, bedacht werden. Der amtierende Baudezernent Udo Götze antwortete darauf wortreich und mit dem Verweis auf das »Stadumbaustategiepapier 2020«, das im Dezember 2009 im Bauausschuß vorge-

stellt worden war. Innovative Lösungen würden von vielen Faktoren abhängen. Entscheidend für die Wohnungsunternehmen seien aber die »Verbesserung der Kredit- und Investitionsfähigkeit durch angemessene Bewirtschaftungshilfen«, wie dem Altschuldenhilfegesetz.

Im Klartext bedeutet das: Totalabriß steht ganz oben auf der Agenda. Unter der Voraussetzung, daß die Wohnungsunternehmen im Gegenzug von den entsprechenden Altschulden entlastet werden. Alles andere bedeutet für die Wohnungsunternehmen die Inkaufnahme von ökonomischen Nachteilen.

Beratung für Kriegsdienstverweigerer

mit Thomas Lehmann

im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«,
Tel. 03334/22398, Termine nach Vereinbarung

Stadtforum zum Finowkanal

Eberswalde (prest-ew/bbp). Wie soll sich der Finowkanal entwickeln? Wie können Kanal und industriekulturelles Erbe wieder mehr in das Zentrum der Stadt rücken? Diese spannenden Fragen beschäftigen Bürgerinnen und Bürger, Politik und Verwaltung gleichermaßen. In der Vergangenheit wurden bereits viele gute Projekte auf den Weg gebracht. Dazu gehören die Sanierung von Straßen und Häusern in der Messingwerksiedlung, der Wasserturm ist wieder begehbar und der Messingwerkhafen steht Wassersportlern zur Verfügung. Der Familiengarten war eine riesige altindustrielle Brache, die bereits seit 2002 aufwendig saniert ist.

Andere Gebäude, wie das Kraftwerk Heegermühle oder die Borsighalle, harren noch einer Nutzung oder einer Investition. Als Zeitzeugen der Industriegeschichte sollen sie den Finowkanal wieder stärker in den Fokus der Stadtentwicklung rücken. Diese Aufgabe können die gewählten Volksvertreter und die Stadtverwaltung Eberswalde nicht allein bewältigen. Stadtverwaltung und Politik warben deshalb am Tag der offenen Tür im Familiengarten am 19. Juni im Rahmen eines vielfältigen Programms um die tatkräftige Unterstützung der Eberswalderinnen und Eberswalder.

Mehrere tausend Menschen aller Altersgruppen nutzten den Tag für einen Besuch. Jede Menge wurde für Kurzweil und Unterhal-

tung geboten – von Bastelstraße bis Ponnyreiten, Aktivitäten am und auf dem Wasser um die Insel der Liegenden bis hin zu jeder Menge Information in der Stadthalle »Hufeisenfabrik«. Dort hatte speziell das Stadtentwicklungsamt, auf dessen Engagement hin, gemeinsam mit dem Team des Familiengartens, der Tag organisiert wurde, alle Finowkanal-Interessierten eingeladen. Gut genutzt wurde die stilechte kostenlose Zufahrt mit der »Anneliese« zum Veranstaltungsort. Der Schleusenkrugwirt hatte sogar den Räucherofen angeworfen.

Über 100 Gäste erlebten dann auch die Finowkanal-Revue, diskutierten mit Bürgermeister Boginski und Fachleuten von WSA, Verbänden und Vereinen die Zukunft dieser einstigen Lebensader Eberswaldes. Rege nutzen sie darüber hinaus die Umfrage an einer überdimensionalen Luftaufnahme des Finowkanals für Ideen und Anregungen. Die vorgelegten Planungsideen zur Gestaltung des Bereiches um die Stadtschleuse wurden ebenfalls von zahlreichen Gästen diskutiert. Schließlich trugen sich mehr als 20 Interessierte, die sich für die Entwicklung der Wasserstraße einsetzen wollen, auf einer Liste ein. Die Auswertung der erstmals in dieser Form erfolgten Bürgerbeteiligung schließt sich nun an. Nach der Sommerpause ist dann ein erstes Treffen der Arbeitsgruppe Finowkanal geplant.

Klimabündnis wieder im Stadthaushalt

Eberswalde (bbp). Der Mitgliedsbeitrag der Stadt Eberswalde für das Klimabündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder (Alianza del Clima e.V.) in Höhe von ca. 260 Euro jährlich wird ab sofort wieder aus dem städtischen Haushalt finanziert. Die 2006 festgelegte Finanzierung des Mitgliedsbeitrages durch zweckgebundene Spenden entfällt damit. Das beschlossen die Eberswalder Stadt-

verordneten auf Vorschlag von Linken und Bündnisgrünen auf ihrer Sitzung am 29. Mai. Weiter heißt es in dem Beschluß: »Die Stadt Eberswalde setzt sich aktiv für die Ziele des Klimabündnisses ein und nutzt verstärkt die Möglichkeiten, die eine Mitgliedschaft im Klimabündnis bietet (z.B. Nutzung des Programms Benschmarking kommunaler Klimaschutz, Weiterbildungsangebote für kommunale Mitarbeiter).«

Ärztliche Unterversorgung »nicht akzeptabel«

Eberswalde (bbp). Im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde leben 6.637 Menschen (Stand: 31.3.2010), davon sind 34 % älter als 55 Jahre – mit steigender Tendenz. Während die Einwohnerzahl binnen eines Jahres im Viertel um 463 zurückging, stieg die Zahl der Älteren leicht um 33 an. Von diesen Veränderungen der Altersstruktur ist besonders der erste Bauabschnitt betroffen. Der Sprecherrat »Soziale Stadt« im Brandenburgischen Viertel machte jetzt auf die mangelnde allgemeinmedizinische Versorgung im Viertel aufmerksam. Inzwischen gebe es nur noch eine Allgemeinmedizinerin im Viertel. Entsprechend dem Ärzteschlüssel von einem Allgemeinmediziner auf 1.680 Einwohnern wäre im Viertel Platz für vier Allgemeinärzte. »Diese Zustände sind nicht akzeptabel«, lautete das Fazit im Sprecherrat. Es

bestünde die Gefahr, daß aufgrund der medizinischen Unterversorgung auch immer mehr ältere Menschen das Viertel verlassen. Räumliche Potentiale seien durchaus vorhanden, bestätigten Vertreter der Wohnungsgesellschaften im Sprecherrat. So könnten leerstehende Wohnungen kostengünstig als Praxisräume angeboten werden. Auch die gemeinsame Unterbringung mehrerer Ärzte in einem Ärztehaus sei denkbar. Im Brandenburgischen Viertel praktizieren neben der Allgemeinärztin derzeit drei Zahnärzte und eine Kinderärztin.

Bürgermeister Friedhelm Boginski hatte im April im Ausschuß Kultur, Soziales und Integration bezüglich der gesamten Stadt erklärt, daß man in Eberswalde nicht von einem Fachärztemangel sprechen könne. Dies sei den Statistiken zu entnehmen.

Sozialstudie

Eberswalde (bbp). Im Rahmen der Maßnahmen zum Programm »Soziale Stadt« soll im Brandenburgischen Viertel und in weiteren Stadtteile eine Sozialstudie durchgeführt werden. Insgesamt 40.000 Euro sind dafür vorgesehen. Inhaltlich soll dabei an eine ähnliche Studie von Ende der 90er Jahre angeknüpft werden. Am 18. Mai konstituierte sich unter Federführung des 1. Beigeordneten Lutz Landmann eine AG, um einen Fragenkatalog für die Ausschreibung der Sozialstudie zu erarbeiten. Neben Landmann gehören zu dieser AG der Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertel Carsten Zinn, die Quartiersmanagerin »Soziale Stadt« Cornelia Sprengel, der Koordinator Soziale Stadt im Stadtentwicklungsamt Burkhard Jungnickel, die Referentin für soziale Angelegenheiten Barbara Ebert und der Sozialdiakon Evangelischen Kirchengemeinde Finow Hartwin Schulz. Jungnickel, zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der Wohnungsbaugenossenschaft Eberswalde-Finow e.G (WBG), hatte Dr. Oliver Gewand, Geschäftsführer der giwes Gesellschaft für immobilienwirtschaftliche Forschung und Strategieberatung mbH, als Berater für die AG mitgebracht. Die giwes mbH war in Eberswalde bereits im Auftrag der WBG im Rahmen von Mieterbefragungen tätig.

In der ersten Beratung wurden u.a. über Vorschläge von Ortsvorsteher Zinn beraten, der meinte, die Sozialstudie solle möglichst kompatibel mit den Fragestellungen des kreislichen Lebenslagenberichtes gestaltet werden. Neben der Bevölkerungsentwicklung in den Ortsteilen, einschließlich der Anteile von Migranten, sollten Aussagen zur Entwicklung des Wohnungsleerstandes und zum ortsteilbezogenen Rückbau von Wohnungen aufgenommen werden. Eine ortsteilbezogene Arbeitsmarktstatistik sollte die Leistungsbezieher gem. Sozialgesetzbuch II und III (ALG 2 und 1) aufführen und durch Aussagen zur Entwicklung von Gewerbe und Selbständigen ergänzt werden. Daten zur Kriminalität nach altersbezogenen Tätergruppen sowie Aussagen zur Entwicklung von Bedarf und Bereitstellung von Kitaplätzen, der schulischen Infrastruktur, der ärztlichen Grundversorgung, der Grundversorgung mit Waren des tägl. Bedarfes, von altersgerechten Freizeitangeboten für Kinder, Jugendliche und Jungerwachsenen sowie für SeniorInnen und der übrigen sozialen sowie der sportlichen und kulturellen Grundversorgung (incl. zu den handelnden Akteuren) könnte sich Carsten Zinn ebenfalls als Inhalt der Sozialstudie vorstellen. Schließlich regt er an, eine Übersicht der Vereine und Initiativen, die Fördermittel von Stadt, Kreis, Land und Bund, einschließlich der Programme LOS, »Stärken vor Ort« und »Soziale Stadt« nutzen, in die Studie zu integrieren und auch darauf zu schauen, welche Nachhaltigkeit jeweils erreicht werden konnte.

Die nächste Beratung der AG ist für den 29. Juni beim 1. Beigeordneten vorgesehen.

Außenstellen geschlossen

Ab Montag, den 21. Juni, sind die Außenstellen des Eberswalder Bürger- und Ordnungsamtes in den Ortsteilen Brandenburgisches Viertel und in Finow erneut auf unbestimmte Zeit geschlossen. Die zuständigen Ortsvorsteher wurden seitens der Stadtverwaltung nicht direkt informiert. Sie erfuhren von der Schließung nur beiläufig bzw. aus der Presse. Sowohl die Schließungen als auch die mangelnde Einbeziehung der Ortsvorsteher werden zum wiederholten Male praktiziert.

Auffallend ist, daß vor allem in den Sommermonaten Schließzeiten angeordnet werden. Daher ist kritisch zu hinterfragen, ob es seitens der zuständigen Fachdezernate in der Stadtverwaltung keine strategische Personalplanung für die Urlaubssaison und insbesondere bei kurzfristigen krankheitsbedingten Personalausfällen gibt.

CARSTEN ZINN, Ortsvorsteher
des Brandenburgischen Viertels in Eberswalde

Juni-Stadtführung „Vor dem Neuen Tor“

Sonnabend, 26. Juni, mit Elisabeth Laska.
Die Messerschmiede in der Ruhlaer Vorstadt.
Treff: 10.30 Uhr, Museum in der Adler-Apotheke.
Kosten: 2,50 Euro pro Person.

Andenken bewahren

Im Jahr 2009 wurde in unserer Stadt am Jugendclub Exil eine Stele zur Erinnerung an die Zwangsarbeiter in den Eberswalder Ardeletwerken eingeweiht. Eine absolut richtige und auch notwendige Entscheidung.

Wie jedoch sieht diese Gedenkstätte heute aus? Die Pflanzen in den links und rechts aufgestellten großen Blumenschalen sind zwischenzeitlich vertrocknet. Die aufgestellten Grablichter nun schon lange ausgebrannt und in einem unansehnlichen Zustand. An der Straße zur Gedenkstätte wuchert das Unkraut und es liegt Unrat von Papier und leeren Flaschen herum. Kein wirklich schöner Anblick, zumal sich in dieser Straße auch noch ein Ausgang aus dem Familiengarten befindet.

Wo befinden sich Hinweisschilder zu dieser Gedenkstätte? Wer ist für die Pflege zuständig? Können notwendige Säuberungsarbeiten nicht durch die Mitglieder des Jugendclubs vorgenommen werden? Gedenken und Erinnerung sind gerade in der heutigen Zeit wichtig und notwendiger als je zuvor.

UDO WOLFGRAMM

ZIEGENHALS: Unsere Antwort auf den Abriß der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte:

Wir zeigen die Ausstellung im ganzen Land!

Das kostet Geld. Dafür sammeln wir Spenden.
Spendenkonto: Freundeskreis Ernst-Thälmann-Gedenkstätte e.V. Ziegenhals,
Konto: 3302254BLZ: 12070024, Deutsche Bank,
Stichwort: Ausstellung
Internet: www.etg-ziegenhals.de

Doppeltes Quartiersmanagement

Eberswalde (bbp). Die Absicht der Eberswalder Stadtverwaltung, zusätzlich zur existierenden hauptamtlichen Personalstelle ein Planungsbüro mit Aufgaben des Quartiersmanagement für das Brandenburgische Viertel zu beauftragen, veranlaßte die Fraktion der LINKEN in der Stadtverordnetenversammlung zu einer Anfrage an den Bürgermeister. Darin wird dargelegt, daß im Rahmen des 2002 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Integrierten Handlungskonzeptes für das Brandenburgische Viertel ein Quartiersmanagement aufgebaut worden sei. Damals sei bewußt darauf verzichtet worden, die Aufgabe an ein externes Büro zu vergeben. Als »effektive, kostengünstige, aber auch sachgerechte Lösung für den Aufbau der Stadtteilarbeit« (Amtsleiterin Silke Leuschner, 2004) wurde eine Angestellte der Stadtverwaltung als Quartiersmanagerin eingesetzt. Die Arbeit der Quartiersmanagerin Frau Sprengel habe in den vergangenen Jahren regelmäßig positive Kritiken erhalten.

Inzwischen rückt die Aufgabe, die Maßnahmen »Soziale Stadt« für die Zeit nach Auslaufen des Förderprogramms zu verstetigen, in den Mittelpunkt. »Wie wir erfahren haben«, heißt es

in der Anfrage, »besteht seitens der Stadtverwaltung die Absicht, im Zusammenhang mit dieser 'Verstetigung' nunmehr eine externe Beratung durch ein erfahrenes Büro, welches in anderen Städten mit dem Quartiersmanagement befaßt ist, in Anspruch zu nehmen.« Als Finanzierungsquelle soll der Posten »Verstetigung« des Programms »Soziale Stadt« genutzt werden, wofür in den nächsten drei Jahren insgesamt 10.000 Euro zur Verfügung stehen. Hierzu bitten die LINKEN um die Beantwortung folgender Fragen: »1. Welche Gründe führen dazu, künftig zusätzlich zu dem als »effektiv, kostengünstig, aber auch sachgerecht« eingeschätzten Einsatz einer Angestellten der Stadtverwaltung, die Aufgaben des Quartiersmanagements an ein externes Büro zu vergeben? 2. Welche konkreten Aufgaben, die nicht vom vorhandenen Quartiersmanagement erfüllt werden können, sollen durch das externe Büro realisiert werden? 3. Reichen die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel aus, um diese zusätzlichen Aufgaben zu erfüllen? Welche anderen Aufgaben müssen aus dem Posten 'Verstetigung' finanziert werden? 4. In welcher Form soll das Quartiersmanagement nach Auslaufen der Förderprogramme weitergeführt werden?«

Schatzsuche in der Freien Oberschule Finow



Finow (bbp). Der Subbotnik auf dem Gelände der Freien Oberschule Finow am diesjährigen »Freiwilligentag« am 19. Juni war aus Sicht der Veranstalter ein voller Erfolg. Mit 21 Mitstreitern, darunter zehn vom deutsch-ungarischen Freundeskreis, kamen mehr Leute als erwartet. Dabei war die gestellte Aufgabe sehr anspruchsvoll. Von einer großen vom Unkraut überwucherten und mit Gehwegplatten befestigten Fläche sollten die Platten entfernt und die verunkrautete Bodenschicht bis auf die Wurzeln abgetragen werden. Die mittendrin vergrabenen »Schätze« - Stahlrohrträger mit Betoneinguß - waren dabei eine besondere Herausforderung.

»Vergangenheitsbewältigung« wird zunehmend mit Planierarbeiten und Abrißbaggern betrieben. Denkmäler und Gedenkstätten des Widerstandes, der Arbeiterbewegung, der Revolutionen, ja selbst der bürgerlichen (!) werden als Schnäppchen auf den Immobilienmarkt geworfen, während Monumente des Feudalismus und des Preußentums mit ihrer späteren faschistischen Füllung für Zig-Milliarden restauriert werden. (Berliner Stadtschloss z.B.) Das beschränkt sich nicht auf die Ostkolonien. Im Speckgürtel um Bankfurt am Main geht das genau so. Hinweise auf Zwangsarbeiterlager und KZ-Außenstellen entfallen oder werden entfernt. Gleichgültig ob da Hunderte oder Tausende von den Nazis ermordet wurden. Ob sie für ihren Einsatz für soziale Gerechtigkeit und Demokratie ins Zuchthaus verschleppt, ins Exil und in den Tod getrieben wurden.

(HaBE)

Arbeit in Brandenburg nur neu verteilt

Zum Programm der Landesregierung »Arbeit für Brandenburg«.

Den Erwerbslosen im Land Brandenburg droht ab 1. Juli 2010 ein arbeitsmarktpolitisches Programm, das unter dem irreführenden Namen »Arbeit für Brandenburg«, realisiert werden soll. Irreführend deswegen, weil nicht etwa neue Arbeitsplätze erschlossen werden sollen, oder gar ein Unternehmen sich ansiedeln möchte, um neue Jobs zu schaffen. Nein, vorhandene Arbeit soll neu verteilt, vor allem aber anders finanziert – und aller Erfahrung nach schlechter entlohnt werden.

In überwiegend kommunalen Einsatzbereichen sollen mit öffentlich geförderter Beschäftigung »Arbeitsplätze« für Langzeiterwerbslose, insbesondere Ältere geschaffen werden. Grundsätzlich ist zu kritisieren, daß diese neuen Stellen die regulären tariflich entlohnenden und sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze des öffentlichen Dienstes, die dort jetzt noch existieren, verdrängen werden.

Trotz aller Beschwichtigungen und schönen Formulierungen in der vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie verbreiteten »Gemeinsamen Erklärung« kann und wird das nicht verhindert werden. Denn umfassende und verbindliche Informationspflichten der Grundsicherungsträger und Firmen, Vereine und Verbände, die die Maßnahmen durchführen sollen, gibt es nicht. Die vorgesehenen Kontrollen durch einen Beirat sind völlig unzureichend und tatsächliche Interventionsmöglichkeiten sind nicht vorgesehen. Doch ohne diese werden Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst verdrängt. Das belegen die Erfahrungen mit dem identischen Berliner Modell des Öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS) seit 2008 eindeutig.

Mit »Arbeit für Brandenburg« fördert die rote Landesregierung die Spaltung der Beschäftigten in eine 1. und 2. Klasse. Zudem gefährdet sie damit das Angebot und die Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge. Eine offene Kampfansage und eine Provokation für alle Gewerkschaften.

Auch die Behauptung, daß damit Langzeiterwerbslose, insbesondere Ältere, die auf dem regulären Arbeitsmarkt nicht vermittelt werden könnten, wieder in sozialversicherungspflichti-

ge Beschäftigung kämen, ist so nicht richtig. Nach dem Gesetz sind alle diese Beschäftigungsverhältnisse »versicherungsfrei«, das heißt, es werden keine Beiträge in die Arbeitslosenversicherung abgeführt. Nach Beendigung einer solchen Beschäftigung haben diese Erwerbslosen 2-3 Jahre verloren, um dann wieder direkt im Arbeitslosengeld II zu landen, denn sie durften keine Ansprüche auf die Versicherungsleistung Arbeitslosengeld aufbauen.

Und bereits während einer solchen Beschäftigung dürften nicht wenige weiterhin ergänzend auf Arbeitslosengeld II angewiesen sein. Die meisten derjenigen mit Familie werden bei einem Arbeitnehmer-Brutto von maximal ca. 1300 Euro/mtl. bei 40 Wochenstunden, netto unter der Bedürftigkeitsgrenze bleiben und weiterhin Anspruch auf Arbeitslosengeld II, zumindest aber auf Zuschüsse zu den Kosten der Unterkunft haben.

Nebenbei möchte die Landesregierung die Kommunen mit mindestens dem Beitrag zur Kofinanzierung dieser öffentlich geförderten Beschäftigung heranziehen, den diese möglicherweise bei den Kosten der Unterkunft einsparen werden. Wie das bei grundgesetzlich schuldengremsten kommunalen Haushalten ab 2011 realisiert werden soll, steht in der »Gemeinsamen Erklärung« nicht. Das Konkurrenzprodukt »Bürgerarbeit« der Bundesregierung ist damit noch gar nicht berücksichtigt.

Im übrigen geht es bei diesem Programm um ganze 8.000 Beschäftigungsverhältnisse in der Legislaturperiode 2009 bis 2014, bei aktuell ca. 170.000 Erwerbslosen in Brandenburg. Es stellt sich die Frage, ob sie nicht Opfer einer Propagandalüge werden – daß damit Hartz IV zu überwinden sei.

Insgesamt ist diese Art von öffentlicher Beschäftigungsförderung als »Arbeit für Brandenburg« getarnt kein konstruktiver Beitrag im Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Ganz im Gegenteil, hier werden weitere Niedriglöhne subventioniert und nicht Armut und soziale Ausgrenzung bekämpft.

BERND WAGNER, Erwerbslosenvertreter im ver.di Landesbezirksvorstand Berlin-Brandenburg

Ausstellung zu KZ in Eberswalde

Seit langem konfrontieren wir uns mit der Geschichte der von uns genutzten beiden Baracken des ehemaligen KZ-Außenlagers Eberswalde-Eisenspalterei. Nun sind wir dank einer Förderung in der Lage, gemeinsam mit Expertinnen und Experten an einer Ausstellung zu arbeiten und eine Baracke für die Präsentation selbiger baulich herzurichten. Das Land Brandenburg gibt den weitaus größten Teil der nun bereitstehenden Mittel in Höhe von insgesamt 189.749 Euro. Kofinanzierungen kommen vom Landkreis Barnim und aus dem Programm

»Vielfalt tut gut«. Damit werden das ehrenamtliche Engagement im Exil und unsere bisherigen Bemühungen gewürdigt.

Am 23. Juni haben wir gemeinsam mit Ewa Czerwiakowski die ersten Schritte zur Verwirklichung der Ausstellung besprochen. Zwei von uns werden Anfang Juli gemeinsam mit Ewa zu Zeitzeuginnen nach Polen fahren. Für unsere Ausstellung sind uns die ganz persönlichen Erinnerungen der ehemals zur Zwangsarbeit nach Eberswalde verschleppten Frauen wichtig.

Exil e.V.

Geschönte Statistiken

Tatsächlich 4,45 Millionen Arbeitslose

Schlechte Meldungen kann auch die neue Regierung nicht gebrauchen. Deshalb bleibt sie wie die alte dabei, die Arbeitslosenzahlen schönzurechnen. Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben oder an Weiterbildungen teilnehmen, werden bereits seit längerem nicht als arbeitslos gezählt. Auch fast alle Arbeitslosen, die älter als 58 sind, erscheinen nicht in der offiziellen Statistik. Im Mai 2009 kam eine weitere Ausnahme hinzu: Wenn private Arbeitsvermittler tätig werden, zählt der von ihnen betreute Arbeitslose nicht mehr als arbeitslos, obwohl er keine Arbeit hat.

Wer die tatsächliche Arbeitslosigkeit erfassen will, muß ehrlich rechnen. Dazu sagte der damalige Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) am 4. Juni 2009 in der Fernsehsendung Panorama: »Alles, was an Effekten durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen entsteht, wird jedesmal zusammen mit der Arbeitsmarktstatistik veröffentlicht. ... Ich glaube, daß man sich auf die Seriosität dieses Prozesses verlassen kann.« Wer anders rechnen wolle, könne ja »seine Zahl veröffentlichen – und dazu ein Flugblatt drucken.«

Das tun wir gern. Hier ist die tatsächliche Zahl, die allein auf amtlichen Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit beruht. Im Mai 2010 waren 4,45 Millionen Menschen arbeitslos. Zeit zu handeln statt zu tricksen.

Tatsächliche Arbeitslosigkeit Mai 2010: 4.451.136
 Offizielle Arbeitslosigkeit: 3.241.529
 Nicht gezählte Arbeitslose: 1.209.607
 Älter als 58, beziehen ALG II: circa 350.000
 Älter als 58, beziehen ALG I (§ 428 SGB III): 1.192
 Ein-Euro-Jobs (Arbeitsgelegenheiten): 303.697
 Berufliche Weiterbildung: 214.548
 Eignungsfeststellungs- u. Trainingsmaßnahmen (z.B. Bewerbungstraining): 1.565
 Aktivierung und berufliche Eingliederung (z. B. Vermittlung durch Dritte): 252.649
 Beschäftigungszuschuß (für schwer vermittelbare Arbeitslose): 38.827
 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen: 3.227
 Kranke Arbeitslose (§126 SGB III): 43.902

Quellen: Bundesagentur für Arbeit: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland. Monatsbericht Mai 2010, Seite 67. Die dort aufgeführte Altersteilzeit sowie Gründungszuschüsse und sonstige geförderte Selbstständigkeit haben wir in der Tabelle nicht berücksichtigt. Die dort ebenfalls aufgeführten älteren Arbeitslosen, die gemäß § 53a Abs. 2 SGB II nicht als arbeitslos zählen, sind enthalten in der ersten Gruppe der Tabelle (Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld II). Diese große Gruppe der älteren ALG II-Bezieher, die nicht als arbeitslos gelten, ist nicht im Monatsbericht ausgewiesen, sondern in einer Sonderpublikation der Bundesagentur für Arbeit: Analyse der Grundsicherung für Arbeitsuchende April 2010, Seite 17. Die genaue Zahl für diese Gruppe wird jeweils mit viermonatiger Verzögerung publiziert.

Flugblatt der Partei DIE LINKE vom Juni 2010

Gewerkschaftsfreiheit

Vor dem Kammergericht Berlin wurde am 10. Juni die Einstweilige Verfügung zum de-facto-Verbot gegen die FAU Berlin aufgehoben. Infolgedessen darf sich die Gewerkschaft auch wieder als solche bezeichnen.

Richter Neuhaus betonte dabei die Wichtigkeit der Meinungsfreiheit als Grundrecht. Er stellte in Frage, ob das Kino Babylon als Klägerin überhaupt zu nachweisbarem Schaden gekommen sei, als die FAU im Betrieb als Gewerkschaft auftrat. Die Frage der Tariffähigkeit spiele dabei keine Rolle.

Im Dezember 2009 hatte die Geschäftsführung der FAU Berlin per Einstweiliger Verfügung verbieten lassen, sich Gewerkschaft oder Basisgewerkschaft zu nennen. Die Berliner FAU, als stärkste Gewerkschaft im Betrieb, hatte zuvor einen Haustarifvertrag zur Verhandlung vorgelegt.

»Wir sind glücklich, daß es nicht gelungen ist, die stärkste und aktivste Gewerkschaft aus dem Kino zu verbannen. Das Urteil ermöglicht es kämpferischen Gewerkschaften, aktiv zu sein. Es hat außerdem gezeigt, daß das Mittel der Einstweiligen Verfügung nicht ausreichen darf, um einen Arbeitskampf lahmzulegen«, kommentiert Lars Röhm, Allgemeiner Sekretär der FAU Berlin.

Die Freie ArbeiterInnenunion (FAU) ist eine anarchosyndikalistische Basisgewerkschaft, die für eine kämpferische Betriebsarbeit von unten eintritt.

MILENA FEHRTE

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

Tel.: 0 33 34 / 35 65 42, Fax: 0 18 05 / 22 10 40 973
eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

Neuer Juso-Vorstand

Die Jusos Barnim haben am 6. Juni in der SPD-Geschäftsstelle Eberswalde turnusgemäß ihren Vorstand gewählt. Martin Ehlers ist zum vierten Mal zum Vorsitzenden gewählt worden. Das Ergebnis des Finowfurters war einstimmig. Neue Stellvertreter sind Florian Görner aus Klobbicke, Lars Stepniak aus Bernau und Kay Mühlenhaupt aus Oderberg. Als Beisitzer sind Antje Fechner aus Eberswalde, Tobias Thimm aus Wandlitz sowie Marcus Neick aus Oderberg gewählt worden.

Auf der Tagesordnung werden in den kommenden zwei Jahren Schwerpunkte wie die Asylpolitik des Landkreises und aktuelle Themen wie Aufklärung zur unsolidarischen Kopfpauschale der Bundesregierung oder die Anti-Atomkampagne sein. Auch die Weiterentwicklung unseres Barnimer Programms wird fortgeführt. Die Aufklärung in der Bevölkerung gegen den Rechtsextremismus ist ein stetiger Baustein unserer Arbeit.

Interessierte junge Menschen können gerne auch im Internet Kontakt mit uns aufnehmen. Unter www.jusos-barnim.de sind wir immer Zeit erreichbar.

MARTIN EHLERS

»Heißer Herbst« angekündigt

Berlin (bbp). Als einen »großen Erfolg und ersten Schritt im Protest gegen die aktuellen unsozialen Kürzungsvorhaben der Bundesregierung« wertete das Bündnis »Wir zahlen nicht für Eure Krise« die Demonstration vom 12. Juni. Etwa 20.000 Teilnehmer hatten in Berlin gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die breite Bevölkerung und die sozial schlechter Gestellten protestiert und einen Politikwechsel gefordert. Dieser müsse die Profiteure der Krisenpolitik an den Kosten beteiligen und einen Einstieg in eine sozial gerechte Gesellschaft bieten.

Das Bündnis wies die Versuche, mit einer Kampagne gegen vermeintliche Gewalttäter das Anliegen der Demonstration zu delegitimieren und zu kriminalisieren, zurück. Damit wollten CDU und FDP nur, von ihrer unsozialen Politik abzulenken und das Bündnis zu spalten. Das Bündnis bedauert, daß zwei Polizisten nach einem Zwischenfall mit einem Explosionskörper verletzt wurden und im Krankenhaus behandelt werden mußten. »Gewalt-

anwendung – von wem auch immer sie ausgeht – kann kein Mittel sozialer Politik sein.«

Der Verlauf der Demonstration sei friedlich gewesen. Die Polizei habe Teile der Demonstration über weite Strecken der Demonstration behelmt und mit abgedeckten Einsatznummern begleitet. Während der Abschlußkundgebung sorgte die Polizei mehrfach für Unterbrechungen, weil sie mit Eingreiftruppen in die Menge ging, um Festnahmen zu tätigen. Dabei wurden mehrere Personen verletzt.

Zwischenfälle zu provozieren, scheint also durchaus zur Strategie der Polizei gehört zu haben. Inwieweit der »schwarze Block« durch Agents Provocateur infiltriert ist, kann man nur spekulieren.

Die Organisatoren der Domo wollen die Proteste gegen den Sozialabbau weiterführen und verstärken. Ein wichtiger Punkt sei dabei die Verbreiterung des Bündnisses. »Die Regierung und die herrschenden Eliten sollten sich auf einen heißen Herbst einstellen.«

Ver.di-Führungstrio wieder komplett

Berlin (cz). Auf der außerordentlichen ver.di-Landesbezirkskonferenz Berlin/Brandenburg am 29. Mai 2010 ist der bisherige Geschäftsführer des ver.di Bezirkes Berlin, Roland Tremper mit 64,5 % der anwesenden stimmberechtigten Delegierten zum stellvertretenden ver.di-Landesbezirksleiter Berlin/Brandenburg gewählt worden. Sein Mitbewerber Frank Ploß, Geschäftsführer des ver.di-Bezirk Frankfurt/Oder hatte erwartungsgemäß keine Chance. Tremper tritt die Nachfolge von Andreas Köhn an. Köhn war im März zurückgetreten. Er hatte diese Funktion zusätzlich zu seiner anspruchsvollen Tätigkeit als ver.di-Landesbezirksleiter Medien, Kunst und Industrie seit der Bildung des ver.di-Landesbezirk Berlin/Brandenburg im Jahre 2001 inne. Mittlerweile ist es ein offenes Geheimnis das dieser Rücktritt nicht freiwillig war. In Insiderkreisen wird gemunkelt, daß der u.a. für Personal und Finanzen zuständige stellvertretende ver.di-Bundvorsitzende Gerd Herzberg mehr als sanften Druck ausgeübt habe. Die zuständigen ehrenamtlichen Gremien, insbesondere der ver.di-Landesbezirksvorstand und die Delegierten der außerordentlichen Landesbezirkskonferenz sind im Vor- und Nachfeld dieser wichtigen Per-

sonalentscheidung im wahrsten Sinne des Wortes im »Nebel« gelassen worden. Von diesen erhält Andreas Köhn gebührenden Dank und Anerkennung für seine langjährige verantwortungsbewußte Tätigkeit u.a. beim Kampf gegen Rechtsextremismus sowie seiner maßgeblichen Unterstützung innerhalb der ver.di-Landesbezirksleitung zur Einführung eines landesweiten Sozialtickets in Brandenburg.

Damit ist die ver.di-Führungstrioika mit Susanne Stumpfenhusen als Landesbezirksleiterin sowie ihren Stellvertretern Astrid Westhoff (Tarifpolitik) und Roland Tremper (Finanzen) im Berlin-Brandenburger Landesbezirk wieder komplett. Die Landesbezirksleitung wird in den nächsten Monaten auf dem Wege zur ordentlichen ver.di-Landesbezirkskonferenz im März 2011 beweisen müssen, daß sie in der Lage ist, den angeschlagenen ver.di-Landesbezirk wieder in sicheres Fahrwasser zu führen. Dazu ist es wichtig, den ver.di-Mitgliedern stets zu vermitteln, daß Teamarbeit, konzeptionelles, strategisches und motivierendes Handeln wichtige Kriterien von ziel- und ergebnisorientierter Arbeit sind. Dies sollte auch für die »Kapitänin auf der Kommandobrücke« Susanne Stumpfenhusen gelten.

Online-Umfrage des Projekts LohnSpiegel

In den ersten fünf Monaten des Jahres haben bereits 7.850 Besucher/innen den Online-Fragebogen des Projekts LohnSpiegel ausgefüllt. Die damit erhobenen Daten zu Einkommens- und Arbeitsbedingungen werden für den kostenlosen Gehalts-Check des Projekts ausgewertet. Zu rund 280 Berufen enthält die Website www.lohnspiegel.de Angaben zu den tatsächlich gezahlten Löhnen und Gehältern.

Für einige Berufe liegen zusätzlich detaillierte Analysen vor, die ebenfalls im Netz zur Verfügung stehen. Seit dem Start des Projekts LohnSpiegel im Jahr 2004 haben sich mehr als 150.000 Besucher/innen an der Umfrage beteiligt. Unter den diesjährigen Teilnehmer/innen werden Ende dieses Jahres Geldpreise verlost. (www.lohnspiegel.de)

EGON ZWEIGART, ver.di-Bundesverwaltung

Bürger, mißtraut euren Grünanlagen

Zum Prozeß vor dem Landgericht gegen den Amtsdirektor Schneider des Amts Britz-Chorin-Oderberg und andere

Zunächst sah es nach einer ersten Sache aus. Die Anklagebank im Raum 007 des Frankfurter Landgerichts war voll besetzt: Der Amtsdirektor Schneider und vier Mitangeklagte, alles bisher unbescholtene ehrbare Bürger, sollten sich verantworten. Es ging laut Anklage um Untreue, Bestechlichkeit, Betrug und Subventionsbetrug, Bestechung usw. White-Collar-Kriminalität, wie sie im Buch steht. Dazu war ein Strafverfahren von 12 Tagen angesetzt, nachdem die Staatsanwaltschaft drei Jahre lang ermittelt hatte.

Befremdliche Zahlungsgewohnheiten

Nein, von mafiosen Strukturen sollte man nicht gleich reden, wenn sich ehrbare Handwerker von einem Bauherrn überreden lassen, falsche Rechnungen auszustellen und bei der Fingierung von Zahlungsnachweisen mitzuwirken, um die Fördermittelstelle zur vorzeitigen Auszahlung der genehmigten Fördermittel zu bewegen. Aber befremdlich sind die Geschäftspraktiken im Barnim schon. Kein Netto vom Brutto – das war das Prinzip, mit dem die Fördermittelstelle hinters Licht geführt wurde, denn die Handwerker hatten die Beträge, die ihnen der Bauherr für angeblich erbrachte Leistungen überwiesen hatte, meist noch am selben Tag unter Abzug der Mehrwertsteuer wieder an diesen zurücküberwiesen. Auf diese Weise hat der Bauherr – so die Überzeugung des Gerichts – die Fördermittelstelle um ca. 22.000 Euro betrogen.

So mancher Handwerker, der als Zeuge vorgeladen war, hätte auch wegen Beihilfe auf der Anklagebank sitzen können, aber dann wäre die Mauer des Schweigens wahrscheinlich noch undurchdringlicher gewesen, die die Beweisaufnahme kennzeichnete. Nur wenige Handwerker konnten sich an Absprachen erinnern, nur wenige waren bereit, den Bauherrn zu belasten, von dem sie Aufträge erhalten hatten, ja möglicherweise auch noch weitere erhoffen. So lag ein Hauch von Omerta` über der Beweisaufnahme.

Bezeugt wurde nur, was die Staatsanwaltschaft anhand von Dokumenten vorhalten konnte. Die fehlerhaften/falschen Rechnungen wurden als eigene bezeugt, die vorgelegten Kontoauszüge als zutreffend bestätigt. Aber es gelang nur wenigen Zeugen für den befremdlichen Zahlungsverkehr eine plausible Erklärung zu finden. Einer behauptete, das sei ein »ganz normaler Vorgang« und alltäglich im Geschäftsleben. Ein anderer meinte, er habe das Geld deshalb zurücküberwiesen, um dem Bauherrn »Sicherheit zu bieten«, denn ein Kleinbetrieb sei ja ständig von Insolvenz bedroht und er konnte die bezahlte Bauleistung eben erst zu einem späteren Zeitpunkt erbringen, eine ehrliche Haut. Die Wahrheit wurde nur selten ausgesprochen: Der Bauherr wünschte es so.

Geschäftsbesorger als Selbstversorger

Befremdlich ist auch eine Vertragskonstruktion für Bauausführungen des Amts Britz - Chorin, die während der Beweisaufnahme ans Licht kam. Da das Amt Britz-Chorin nicht über ausreichend Personal verfügte, um die Bauleistungen für die Erstellung des Krafttau-

ses in Niederfinow zu vergeben und die Rechnungen zu prüfen, wurde mit der Firma des Herrn B., jenes Bauherrn, der schon im ersten Tatkomplex auftrat, ein Geschäftsbesorgungsvertrag geschlossen. Herr B. war aber nicht nur mit der Rechnungsprüfung betraut, sondern durch eine seiner Firmen selbst mit der Vergabe und Ausführung von Bauaufträgen befaßt, so daß Herr B. – verkürzt ausgedrückt – selbst erstellte Rechnungen prüfte. Kein Wunder daß dabei überhöhte Honorarforderungen in Höhe von rund 30 000 Euro, so das Gutachten einer Sachverständigen, nicht zurückgewiesen, sondern bezahlt wurden. Zum Schaden des Amts.

An dieser Stelle sah die Staatsanwaltschaft den Sachverhalt der Untreue seitens des Amtsdirektors gegeben. Der Richter sieht es anders, denn zur Untreue gehöre der Vorsatz und dieser lasse sich hier nicht nachweisen, auch wenn der Amtsdirektor und der Inhaber der Firma, mit der der Geschäftsbesorgungsvertrag geschlossen wurde, befreundet sind. Das Gericht führte zwar aus, daß der Amtsdirektor den Geschäftsbesorgungsvertrag nicht hätte unterschreiben dürfen, aber der Amtsdirektor konnte die verfängliche Konstruktion nicht erkennen, zumal eine Anlage des Vertrags von seiner Bauamtsleiterin korrigiert worden war, woraus der Richter, der für das Amt Britz-Chorin ungeprüft einen ordentlichen Geschäftsablauf unterstellte, schloß, daß die Bauamtsleiterin den Vertrag geprüft und für unterzeichnungsfähig gehalten habe. Die konnte sich nun aber auch an gar nichts mehr erinnern, was mit der Vertragsunterzeichnung zu tun hatte, so daß der Richter einräumte, daß sich die Umstände der Vertragsunterzeichnung nicht ganz klären ließen...

Erwiesene Vorteilsannahme

Befremdlich sind auch die Praktiken der Zahlungsabwicklung für Bauarbeiten am Haus des Amtsdirektors. Der Bauherr hat nicht bezahlt, sondern ließ zahlen, seinen Freund, den Bauherrn und Bauunternehmer, den wir schon aus den ersten beiden Tatkomplexen kennen.

Das Gericht glaubte den Beteuerungen des Amtsdirektors nicht, er habe die Rechnungen ratenweise bar an seinen Freund beglichen, was seine Lebenspartnerin bezeugen sollte. Das Gericht verwarf auch einen Generalunternehmensvertrag als ungeeignetes Beweismittel, den der Bauherr Schneider mit dem Bauunternehmer B. geschlossen haben wollte und der nach der Haussuchung beim Amtsdirektor aus der Kanzlei des Rechtsanwalts Klatt an die Staatsanwaltschaft gefaxt worden war, um die beschlagnahmten Akten zu » vervollständigen«.

Hier war angeblich vereinbart worden, daß der Bauunternehmer B. zunächst für den Bauherrn Schneider in Vorkasse gehen sollte und nach Erstellung einer Schlußabrechnung durch diesen alles beglichen werden sollte. Ein im Geschäftsleben nicht übliches Verfahren. Der Richter wollte hier nicht an einen Freundschaftsdienst glauben, sondern wertete die Tatsache, daß in vier Fällen Bauarbeiten nicht vom Bauherrn, sondern von Herrn B. bezahlt worden waren, als Vorteilsannahme bzw. Vorteilsgewährung und erkannte im Fall des Amtsdirektors auf 7 Monate Haft auf Bewährung.

In seiner mündlichen Begründung des Urteils betonte der Richter, daß es sich bei dieser Vorteilsannahme nicht um eine Angelegenheit des Privatmannes Schneider handle, sondern daß er diese »erheblichen Vorteile« (»mehr als ein Präsentkorb«) in seiner Eigenschaft als Amtsdirektor erhalten habe. Es ging dem befreundeten Bauunternehmer um eine »Maßnahme der Klimapflege«, in der Hoffnung auch künftig bei der Vergabe von Aufträgen durch das Amt bedacht zu werden.

Befremdliche Reaktionen

Der Vorsitzende des Amtsausschusses Martin Horst wertete das Urteil als »erfreulich« (MOZ, 5./6.6.2010), weil Untreue und Bestechlichkeit nicht nachgewiesen werden konnten und übersieht bei dieser Wertung, daß Vorteilsgewährung und Vorteilsannahme laut mündlicher Urteilsbegründung nur im Kontext der Dienstausbildung des Amtsdirektors zu verstehen sind. Der Amtsausschuß, der die Beurteilung des Amtsdirektors bei Eröffnung des Strafverfahrens mit der Begründung abgelehnt hatte, man wolle nicht vorverurteilen, sondern den Ausgang des Strafprozesses abwarten, verlegt sich weiter aufs Abwarten. Jetzt soll erst das obligatorische Disziplinarverfahren abgewartet werden. Das kann dauern.

Genießt dieser Mann Ihr Vertrauen? Falls nicht, sollten Sie, wenn Sie Einwohner des Amtes Britz-Chorin-Oderberg sind, es den Amtsausschuß wissen lassen. Vielleicht könnte er dadurch zu einer Kurskorrektur motiviert werden. Wer weiß?

Inzwischen hat der Amtsdirektor, der sich keiner Schuld bewußt ist und nicht müde wird, seine Unschuld zu beteuern, wie sein Geschäftspartner auch, Revision beantragt. Das Urteil ist nicht rechtskräftig, das Disziplinarverfahren ruht. Die Amtsgeschäfte gehen weiter. Wird Gras über die Sache wachsen?

Es gilt nach wie vor die Maxime von H. Knobloch: »Bürger, mißtraut euren Grünanlagen!«

Kurt und Erna Kretschmann – Nestoren des Natur- und Umweltschutzes (Teil 3)

Haus der Naturpflege und AK Weißstorch

von Rudolf Behm

Naturzerstörung und Umweltbelastung haben erschreckende Ausmaße erreicht. Mit seiner Geldgier und dem Machtstreben kann der Mensch heute in Jahrzehnten das zerstören, was auf unserem Planeten in erdgeschichtlichen Zeiträumen entstanden ist. Die Folgen sind unabsehbar und stellen das Überleben der Menschheit durchaus in Frage. In dieser Situation bedarf es Persönlichkeiten, die mit Erfahrung, Mut, Beharrlichkeit und Diplomatie gegensteuern, sowie Mitstreitern Hoffnungsträger und Vorbild sind. Auf globaler wie auf lokaler Ebene.

Im Frühjahr 1960 kehrten die Kretschmanns nach Freienwalde zurück. Sie bezogen ihr Blockhaus, welches sie 1945/46 nach eigenen Vorstellungen unter großen Anstrengungen aufgebaut hatten. Ihr Plan war nun, das 1,7 ha große verwilderte Gelände mit dem Blockhaus zu einem *Haus der Naturpflege* einzurichten. Ohne bezahlte Arbeitskräfte und ohne staatliche Mittel gelang es ihnen, mit eigener schöpferischer Kraft ein Pflanzenparadies zu gestalten. Mit über tausend Pflanzenarten, mit Aussichtskanzel und -turm, Vortragshütte und Gästehaus wurde es ein Zentrum der Naturschutzarbeit in der DDR. Zehntausende Besucher fanden dort Entspannung und Erholung oder holten sich Rat zur Gestaltung ihrer eigenen Gärten. Schulklassen erwarben neues Wissen für den Biologieunterricht durch unmittelbaren Kontakt zu den Pflanzenarten und Naturschutzmodellen. Für Kollektive und Vereine war das Haus der Naturpflege ein beliebtes Ausflugsziel. Bis 1982 bewirtschafteten Erna und Kurt Kretschmann die Anlage allein und organisierten von diesem Domizil aus ihre umfangreiche Naturschutzarbeit. Dann übernahm die Stadt Bad Freienwalde die Anlage. Die Kretschmanns bezogen einige hundert Meter weiter eine Wohnung mit anliegender ca. 2000 m² großer Garten- und Waldfläche. Das Areal nutzten sie für weitere Experimente zum naturnahen Gärtnern (z.B. *Mulch total*).

1993 wurde der »Förderverein Haus der Naturpflege« ins Leben gerufen. In kurzer Zeit stieg dessen Mitgliederzahl auf weit über hundert an; hauptsächlich ein Verdienst der intensiven und diplomatischen Werbung durch Erna Kretschmann. In den Folgejahren waren sie immer wieder mit Rat und Tat um die Fortentwicklung des Hauses bemüht. Ihr Konzept einer Dauerausstellung im Blockhaus sah z. B. vor, dort ein Naturschutzmuseum einzurichten. Mit 19 Themen und umfangreichen Materialien sollte ihre Arbeit im Umweltschutz dokumentiert werden. Finanziert aus den Geldmitteln ihres Europäischen Umweltpreises 1993.

Mit ABM-Kräften wurde das Projekt verwirklicht und im Juni 1996 unter Teilnahme von rund 200 Gästen eingeweiht. Mathias Platzeck, damals Umweltminister des Landes Brandenburg und enger Freund beider Kretschmanns meinte zu diesem Anlaß: »Ich freue mich jedesmal wieder, nach Bad Freienwalde zu kommen, um mit Erna und Kurt zu feiern. Ihr Vorbild ist gerade in dieser Zeit so wichtig, da Naturschutz, der Schutz der natürlichen Lebens-

grundlagen, wieder so wenig Beachtung findet. Nachhaltigkeit, diese wichtige politische Lösung verkommt zur Leerformel, Kurzsichtigkeit herrscht stattdessen«. Aus dem Nachlaß der Kretschmanns wurde die Ausstellung 2008 erweitert sowie die Dokumente archiviert und digitalisiert.

Hilfe für Meister Adebar

Erna und Kurt Kretschmann hatten bereits in den 50er Jahren im »Arbeitskreis zum Schutz vom Aussterben bedrohter Arten« mit zahlreichen ehrenamtlichen Helfern Bestandsaufnahmen durchgeführt, lange bevor im Westen die »Roten Listen« erstellt wurden. Mit Sorge beobachteten sie auch den Rückgang der Storchbestände in vielen Ländern Europas. Neben den Verlusten während der langen Reise zu den Winterquar-

tieren in Afrika, liegen die Hauptursachen der Gefährdung in ihren Brutgebieten. Dort, wo im Zuge des »technischen Fortschrittes« oder aus Profitsucht Feuchtgebiete trockengelegt, Kleingewässer zugeschüttet, natürliche Landschaften zersiedelt werden, entzieht der Mensch dem Storch seine Nahrungsgrundlage. Mit Pestiziden vergiftete Insekten richten weiteren Schaden an.

Die Kretschmanns erkannten folgerichtig, daß diese Zusammenhänge offengelegt und näher untersucht werden müssen, um die vorhandenen Bestände von Meister Adebar, dem bekanntesten Großvogel unserer Heimat, zu erhalten und zu erweitern.

Zunächst nutzte Kurt einen dem Zerfall preisgegebenen alten Ziegelbrennofen bei Altgaul (heutiger Kreis Märkisch-Oderland) für ihre erste Ausstellung zum Weißstorch. In seiner Broschüre »Dem Weißstorch zuliebe« schildert er den Anfang so: »1976 stand ich vor dem nun schon stark demolierten Turm und überlegte, ob es sich noch lohne, die Öffentlichkeit zur Ret-

zung des Bauwerkes aufzurufen... Plötzlich klapperten die Störche und die Idee war da: Im Turm konnte doch ein kleines Storchmuseum eingerichtet werden. Das fand im Dorf viel Zustimmung... 16 Einsätze waren notwendig, um den hohen Müllberg abzutragen, der im Laufe der Zeit zwischen der Turmwand und der umlaufenden Feldsteinmauer entstanden war... 150 Helfer – Oberschüler, Natur- und Heimatfreunde und schließlich immer mehr Einwohner aus dem Ort beteiligten sich daran, Ordnung zu schaffen... Viele Freunde hatten Material für das Storchmuseum geliefert. Um ihnen zu danken, luden wir im Herbst 1978 in den Klub des Freienwalder Kulturbundes ein. Dort unterbreiteten wir den Vorschlag, einen Arbeitskreis zum Schutz des Weißstorches zu gründen. So war die Geburtsstunde des Storchmuseums gleichzeitig die des 'Arbeitskreises Weißstorch'. Freienwalde wurde damit das Zentrum des Storchschutzes in der DDR, ja in Europa«.

Der Arbeitskreis entwickelte sich sehr schnell. In allen Kreisen der DDR, wo Störche brüteten, wurden ehrenamtliche Kreisbetreuer eingesetzt, die von Bezirksbetreuern angeleitet wurden. Die Zahl der Mitglieder stieg auf rund 200. Alljährlich fanden in Frankfurt/Oder bzw. Berlin (Tierpark Friedrichsfelde) Beratungen statt. Neben der regionalen praktischen Arbeit lag die Leitung der wissenschaftlichen Arbeit bei Prof. Dr. E. Schütz, dem einstigen Leiter der Vogelwarten Rossitten und Radolfzell. Internationale Kontakte wurden geknüpft.

Die fortlaufend herausgegebenen Mitteilungsblätter enthielten die aktuellen Weißstorchgeschehnisse, gaben Ratschläge, forderten Maßnahmen zum Schutz von Meister Adebar u.a.m. Im Haus der Naturpflege schrieb Erna auf ihrer kleinen Schreibmaschine die von Kurt zusammengestellten Texte. 6 bis 8 Ausgaben erschienen pro Jahr. Die Nummer 1 im Juli 1979, im September 1985 die Nr. 50 als Jubiläumsausgabe und Nummer 73 im Juli 1989, gemeinsam von Kurt Kretschmann und Dr. Christoph Kaatz erarbeitet. Dr. Kaatz, Leiter des bekannten Storchenhofes Loburg bei Magdeburg, übernahm nun die Nachfolge von Kurt Kretschmann, der inzwischen im 76. Lebensjahr stand. Im »Jubiläumsband Weißstorch«, 1996 von Christoph und Mechthild Kaatz herausgegeben, sind die Texte der Mitteilungsblätter lückenlos enthalten.

Der vierteilige Artikel von Rudolf Behm, Freund und Mitstreiter der Kretschmanns, basiert auf einem Beitrag, den er für eine Veröffentlichung anlässlich des aktuellen Jubiläums des Naturschutzbundes Deutschlands (NABU) geschrieben hat. Teil 4 folgt in der BBP 8/2010.



Zeichn. aus »Dem Weißstorch zuliebe«

Kahlschlag auf dem Flugplatz

Eine nicht ganz ernst gemeinte Aufforderung zum »Weiter so!«

Am 12. Mai 2010 informierte uns die Märkische Oderzeitung – da war alles vorbei. Vorbei war es schon am 30. April, dem Tag, an dem die Naturschutzbehörde einen Stop der Fällungen verfügte. Die Routine der unteren Naturschutzbehörde – jahrelang bewährt – hatte einmal mehr Erfolg. Man wird (schein-)aktiv, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist.

Nun sollte man jedoch die Naturschutzbehörde nicht allein schelten. Gegen professionell agierende Umweltverbrecher hat so eine Behörde nur begrenzte Möglichkeiten. Ich frage mich aber: Wo waren die Anwohner, z.B. die Bewohner der Fliegersiedlung, die sie ja jetzt gerne »Märkische Heide« nennen und wo auch der Eberswalder Bürgermeister wohnt? Ist das Interesse an einem Waldstreifen als Schutz vor Fluglärm nicht so groß, wie seit Jahren behauptet? Die Fällungen waren für die Flugsicherheit nicht erforderlich, insbesondere vor dem Hintergrund, daß bald nur noch eine Start- und Landebahn von 800 m Länge gebraucht wird. Zu dieser Jahreszeit waren die Fällungen aus naturschutzfachlicher Sicht sogar verboten. Eine Genehmigung konnte es also nicht geben und die gab es auch nicht. Die angeblich geplante großflächige Munitionsberäumung kann man wohl getrost als Märchen und schlechte Ausrede abheften.

Was war also der Grund? Die Frage ist sicher schnell beantwortet, wenn man weiß, was mit den hunderten Festmeter Kiefernholz passiert ist und wer das Geld dafür kassiert hat. Natürlich ist das ein Umweltsandal, aber wer interessiert sich schon dafür? Die Schuldigen dürfen sicher sein, daß sie straffrei bleiben, schließlich haben sie nur so gehandelt wie diverse Vorgänger, die auch straffrei geblieben sind. So geht das im Barnim.

Ich erinnere an die Stiftung der Eheleute Fiege, die sich gar Umweltstiftung nennt. Sie hat im Naturschutzgebiet Grumsiner Forst 700 Eichen fällen lassen – auch ohne Genehmigung versteht sich – und die Eichen als Parkett- und Furnierholz verkauft. Zugunsten der Stiftung sagt Herr Fiege, Großspediteur und

ein guter Freund unseres MP Platzeck (SPD). Ein Professor der nachhaltigen Hochschule in Eberswalde – damals hieß sie noch nicht so – hat diesen Frevel gar nachträglich »wissenschaftlich« zu rechtfertigen versucht. Der Mann ist Mitglied des Stiftungsrates. Noch Fragen?

Die Eigentümer des großen Buckowsees haben 200 Erlen fällen lassen – im Biosphärenreservat! Angeblich behinderten die den Abfluß des Sees. Auch hier gab es natürlich keine Genehmigung. Es gab aber ein Bußgeld – immerhin. Ein Bruchteil des Holzerlöses! Lächerlich! Strafe? Fehlanzeige! Im übrigen wurde der Vorfall geheim gehalten, um nicht zu sagen vertuscht. Einer der Täter ist Mitglied der Kreisfraktion der CDU. Da werden Fragen zum Thema im Kreistag einfach nicht beantwortet – das ist wohl Täterrecht! Ob es eine Spende an die Parteikasse gab – bei sog. Volksparteien nicht unüblich – ist nicht bekannt.

Schließlich klaut ein Waldbesitzer im benachbarten kommunalen Wald mal eben 12 schöne Eichen. Der Bürgermeister der so bestohlenen Gemeinde, dem der Vorfall gemeldet wird, erstattet nicht einmal Anzeige. Er setzt sich gar persönlich dafür ein, daß davon nichts bekannt wird – gegen eine kleine Geldbuße von ca. 700 Euro. So viel hat allein ein Eichenstamm eingebracht. Der schwere Diebstahl hat sich gelohnt, jedenfalls für den Dieb. Auch für den Bürgermeister?

Die Aufzählung von Beispielen ließe sich noch fortsetzen. Alle Beispiele haben eines gemeinsam: Die untere Naturschutzbehörde ist nicht oder zu spät wirksam geworden und die sog. »Verantwortlichen« haben verantwortungslos gehandelt. Da kann man nur sagen: Vorwärts, Holzdiebe! Noch stehen in der Schorfheide und anderen schönen Wäldern und in Alleen viele schöne Bäume, auch Eichen, Buchen und Kiefern, die sich gut verkaufen lassen. Seid nicht zimperlich! Mehr als ein kleines Bußgeld droht nicht. Sonst passiert Euch nichts und es lohnt sich!

JOHANNES MADEJA,
BVB, Kreistagsabgeordneter Barnim

15. Barnimer Umweltpreis ausgeschrieben

Anläßlich des internationalen Weltumwelttages schreiben Bündnis 90/Die Grünen in diesem Jahr bereits zum 15. Mal den Barnimer Umweltpreis aus. Der Preis ist auch diesmal mit 750,- Euro dotiert. Das Geld spenden bündnisgrüne Vertreter in Aufsichtsräten kommunaler Unternehmen.

Prämiert wird wiederum besonderes ehrenamtliches Engagement, Eigeninitiative und Kreativität beim Schutz von Natur, Umwelt und Klima sowie in der Umweltbildung. Bewerben können sich Einzelpersonen, Gruppen und Vereine aus dem Landkreis Barnim. Projekte mit Kindern und Jugendlichen sind be-

sonders willkommen. Qualifizierte Vorschläge für die Preisvergabe sind ebenfalls möglich. Die Umweltprojekte oder -initiativen sollten im Landkreis Barnim angesiedelt sein.

Die Projekte oder Tätigkeiten sollten möglichst anschaulich dargestellt und bis zum 9. Juli bei Bündnis 90/Die Grünen, Friedrich-Ebert-Str. 2, 16225 Eberswalde, eingereicht werden.

Im Jahr 2009 waren der Biberbetreuer Hans-Ulrich Pagel, der Tierschutzverein Niederbarnim und die AG Natur und Umwelt des Nabu die Preisträger.

KARL-DIETRICH LAFFIN, Kreissprecher

Klimaschutzstrategie fehlt

Eberswalde (bbp). »Die Stadt Eberswalde besitzt derzeit keine gesonderte Klimaschutzstrategie.« So die Antwort des amtierenden Baudezernenten Udo Götze auf eine Einwohneranfrage von Andreas Fennert. Allerdings verweist das Amt für Wirtschaftsförderung auf entsprechende Handlungsempfehlungen und -strategien im Integrierten Stadtentwicklungskonzept (INSEK) und teilweise auch im Wirtschaftsstandort-Entwicklungskonzept (WISTEK). Außerdem unterstütze »die Stadt den Landkreis Barnim im Rahmen ihrer Möglichkeiten« auf operativer Ebene bei der Umsetzung der Null-Energie-Strategie. Dies erfolge derzeit über die Beteiligung in der Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Wärmeenergiekonzepts für die Stadt Eberswalde, welches die technischen und wirtschaftlichen Potentiale der Fern- und Nahwärmeversorgung in Eberswalde untersucht. Ziel des Konzepts sei »die Feststellung über den derzeitigen Stand sowie die weitere Entwicklung der Wärmeversorgung in der Stadt Eberswalde bis zum Jahr 2020. Weiterhin werden Möglichkeiten zur Erweiterung oder zum rückbau bestehender Fern- und Nahwärmenetze eruiert, wobei die Wärmeerzeugung auf Basis alternativer Energien zu berücksichtigen ist.« Weiterhin beteilige sich die Stadtverwaltung am kommunalen Fortbildungsprogramm »beam 21«, das als Kompetenztraining für den kommunalen Klimaschutz und zur intelligenten lokalen Energieplanung von der Heinrich-Böll-Stiftung angeboten wird. Fortbildungsthemen sind: Klimawandel und lokale Klimawirkungen, nachhaltige lokale Energieversorgung, grüne Ausschreibungs- und Vergabeverfahren, intelligente Flächen und B-Pläne und lokale Energieaktionspläne. Das Programm richtet sich an Mitarbeiter der Kommunalverwaltung und an Kommunalpolitiker. Die »aktive Schulungsphase (online-basiertes Lernen und Präsenzseminare)« beginnt im Frühjahr 2011.

Desweiteren informiert Udo Götze, daß im Rahmen der Mitarbeit am Städtekrantz Berlin Brandenburg im April 2010 eine neue Arbeitsgruppe »Brandenburger Städtenetzwerk Energieeffiziente Stadt und Klimaschutz« (BraNEK) gegründet wurde. Diese AG möchte vorhandene kommunale Erfahrungen und das Know-how der beteiligten Städte (Brandenburg, Cottbus, Eberswalde, Frankfurt/Oder, Jüterbog, Luckenwalde, Neuruppin) in den Bereichen Klimaschutz und Energieeffizienz zusammenführen und ein methodisches Grundgerüst für lokale Energieeinsparungs- und Klimaschutzstrategien entwickeln. Daneben werden eine ganze Reihe von Einzelmaßnahmen durchgeführt oder unterstützt.

Inzwischen wurde bekannt, daß die Stadtverwaltung auf städtischen Grundstücken im Biosphärenreservat Windkraftanlagen installieren lassen will. Für deren Nutzung sollen die Betreiber RenergieGmbH je Anlage und Nutzungsjahr 20.000 Euro in die städtische Kasse einzahlen.

3. Motive, Interessen, Ziele.

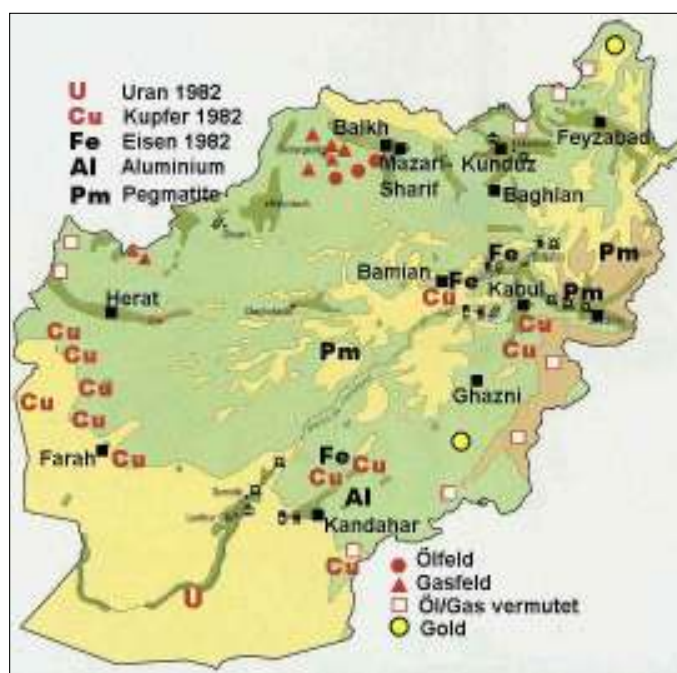
»Wir wollen nicht kopflos raus – Sie sind kopflos rein!« (Gysi vor dem Bundestag). Damals, Ende 2001, wurden Kulissen geschoben. Kein Afghane hat am 9. 11. die USA angegriffen. Es gab auch keinen Bündnisfall für die NATO – er wurde konstruiert. Möglich, daß Schröder, der »Genosse der Bosse«, und Fischer´s Friends den Kopf verloren hatten, als sie mit allen Traditionen deutscher Afghanistanpolitik brachen. Aber Gründe hatten sie schon. Da war einmal die Befürchtung der Exportindustrie, man könnte am US-Markt Boden verlieren, wenn Berlin nicht mitmarschiert. Zum anderen erwartete man bei Beteiligung am Abenteuer ökonomische Vorteile, die sonst ausbleiben konnten. Und das war richtig gerechnet. 2003, im Irak, gingen alle Aufträge an US-Firmen als Hauptauftragnehmer. Die Deutschen waren eben nicht dabei. Auch heute betont die Karsai-Regierung, bei Vergaben würden die »helfenden Nationen« bevorzugt. Einige Beispiele nun dafür, was Afghanistan »einbrachte«, und wem. Das Recherchieren ist einfach. Nur einen Konzernnamen und das Wort »Afghanistan« in die Suchmaschine geben...

Bei Krieg denkt man zuerst an Rüstungsindustrie. Die wird ihre Produkte aber zumeist weltweit los, legal oder illegal, mit oder ohne deutsche Konfliktbeteiligung. Natürlich sind die Konzerne nicht böse, wenn der Krieg möglichst lange dauert, und wenn die Bundeswehr ausgiebig bestellt. Der niedrige Eurokurs beschert ihnen zusätzliche Gewinne. Ob BMW, MAN, EADS, Daimler, alle sind dabei (»Der Euro stürzt ab – na und?«, Financial Times Deutschland, 8.5.2010). **Heckler&Koch**, Kleinwaffenhersteller, lieferte nach Somalia und Georgien und geriet wegen Kooperation mit der US-Mörderfirma Blackwater (Irakeinsatz!) in die Schlagzeilen (Lehrgänge in USA, Waffenlieferungen »nur« für Übungszwecke). Natürlich posiert die Bundeswehr in Afghanistan mit der H&K MP7 (www.frontline-pictures) und rüstet »Truppenteile mit erhöhtem Bedarf« mit H&K Pistole 8 aus. Auch das KSK verwendet H&K (dazu Military Page, »Die Seite rund ums Militär«). Besonders sahen die Panzerbauer ab – **Krauss-Maffei-Wegner** (KMW) und **Rheinmetall**: »Bundeswehr bestellt 44 mobile Werkstätten vom Typ Dingo 2 GSI« bei KMW (6.4.2010) – »Bundeswehr bestellt 41 Dingo 2 - KMW liefert noch vor Ende des Jahres« (29.3.2010). Handelsblatt: »Derzeit hat die Bundeswehr rund 1000 geschützte Fahrzeuge im Einsatz, darunter 100 Transportpanzer Fuchs und 210 Radpanzer Dingo 2« (Stückpreis Dingo 2 Mio). Und: »Panzerhersteller liefern nicht schnell genug.« Sollte die Bundeswehr nicht sparen? Der größte Hammer: »Milliardenauftrag für Schützenpanzer Puma« (6.7.09, sueddeutsche.de) über 400 Panzer zu insges. 3 Mrd. Euro ging Mitte 2009 an KMW und Rheinmetall (Rheinmetall-Chef Eberhardt: »Ein bedeutender Tag für uns«, KMW: »Einer der größten Einzelaufträge der Unternehmensgeschichte«). Rheinmetall entwickelt zu-

Die Bundeswehr am Hindukusch (2):

Besser Exit als Exitus

Vier Wochen seit Erscheinen des ersten Teils hat die Situation noch an Dramatik gewonnen. Herr Köhler sagte versehentlich die Wahrheit und mußte gehen. Die bedrängte Obama-Regierung »entdeckte« sensationell aufgemacht die afghanischen Bodenschätze und bestätigte so Köhlers »Versprecher«. Noch mehr deutsche Soldaten und Panzer für den »Endsieg« – aber noch häufiger geraten sie unter Beschuß.



Bodenschätze in Afghanistan auf der Grundlage einer Karte aus dem Jahre 1982. Quelle: www.lib.utexas.edu/maps/middle_east_and_asia/afghanistan_econ_1982.jpg, bearbeitet und aktualisiert von Rolf Richter.

dem für 120 Mio bis 2011 neuartige Artillerie als »Nächstbereichs-Schutzsystem« (NBS) für Kunduz (19.5.09). Schon 2008 hatte die Firma »unter enormem Zeitdruck« Büffel-Bergepanzer für die Kanadier in Afghanistan geliefert. Kein Wunder, daß die Panzerbauer aus allen Nähten platzen und expandieren. Joint Venture Rheinmetall/MAN als künftiger europäischer Marktführer (13.1.2010); Kooperationsvertrag von KMW mit 10 Mittelständlern für Wartungsarbeiten (12.8.09), KMW eröffnet neuen Standort für Fennek-Produktion in den Niederlanden (8.2.2010), gründet Tochterfirma KMW Asia-Pacific in Singapur (2.2.2010).

Der europäische Rüstungskonzern **EADS** entstand 2000 als Verbund der DaimlerChrysler-Tochter Dasa mit Aerospatiale (Frkr) und Casa (Sp). 2007 wurde Daimler-Strategiechef Grube Verwaltungsratsvorsitzender bei EADS. Die EADS-Tochter Astrium, Satelliten-Dienstleister, stellt der Bundeswehr das Satellitentelekomunikationsprogramm SATCOMBw bereit. Für den Drohneneinsatz der Franzosen in Afghanistan besorgte Astrium die nötige Breitbandfrequenz zur Echtzeit-Bildübertragung bei Überwachungsflügen (www.astrium.eads.net/de). Die EADS-Tochter Eurocopter will ins Drohnengeschäft der USA einsteigen, so Handelsblatt (14.5.2010). EADS hat erste Droh-

nen bereits 2006 erprobt (Wikipedia). Aber im Handelsblatt findet sich noch ein interessanter Aspekt: »Afghanistan hilft Tiger«. Das ist ein von den Franzosen genutzter Kampfhubschrauber. »Das Militärgeschäft trägt Eurocopter durch die Flaute im Geschäft mit zivilen leichten Hubschraubern ... weil die Krise die Kleingeräte betraf und mehr große Militärmaschinen verkauft wurden, stieg der Wert der Neuaufträge von 4,9 auf 5,8 Mrd. Euro.«

Einen eigentlich zivilen Sektor gibt es ja nicht mehr, aber es gibt Branchen, die nicht einfach liefern, sondern vor Ort sein müssen. Nachdem mit Tora Bora der Krieg beendet schien,

flog Kanzler Schröder schon im Januar 2002 mit Wirtschaftsbossen nach Kabul. Mit von der Partie war der Chef des Baukonzerns **Hochtief**, Keitel. Er wollte gern an die guten Zeiten vor der Revolution anknüpfen, als Hochtief »in Afghanistan 25 Jahre das Staatsbauunternehmen« war, so Keitel anschließend im Interview (DIE ZEIT 21/2002). Mißmutig konstatierte er Ineffektivität bei der Logistik der Entwicklungshilfe, sah aber langfristig profitable Geschäfte bei Bau, Telekommunikation und Gesundheitswesen. Im Juni 2002 meldete AFP, **Siemens** solle im Regierungsauftrag, das afghanische Telefonnetz ausbauen, zunächst für Kabul und 5 weitere Städte. Allein für Kabul waren 350.000 Anschlüsse geplant, eine Million Anträge wurden erwartet (www.verivox.de). Die Siemens-Tochter Hydro Power Generation wurde im Dezember 2003 beauftragt, für 13,4 Mio zwei Wasserkraftwerke zu modernisieren (www.oekonews.at). Der Konzern, der dem BND Überwachungstechnik liefert, wird allerdings auch verdächtigt, 2005 beim Verwanzen des Computernetzes im Kabuler Handelsministerium assistiert zu haben (»Wanze trifft Schmiergeld«, 28.4.08, www.heise.de). An Geschäftsideen mangelt es Siemens nicht... Natürlich baut man Straßen und Telefonnetze besser im Frieden ohne Militärintervention. Aber Kabul hät-

te das nicht bezahlen können, und die »Geberländer« hätten dann nicht so viel Geld locker gemacht. Immerhin: die Entwicklungshilfe für Afghanistan ist größtenteils Subvention für die eigene Industrie.

Bergbau und Schürfrechte. New York Times, Obamas Demokraten nahestehend, brachte Mitte Juni Sensationsmeldungen über die afghanischen Bodenschätze, die amerikanische Geologen »entdeckt« hätten, und alle großen deutschen Blätter druckten nach (wenn auch hie und da vermerkt war, die Russen hätten doch schon...): »Plötzlich reich: Afghanistan im Lithiumrausch« (stern.de), »US-Geologen entdecken gewaltige Mineralvorkommen« (Tagespiegel), »USA finden gewaltige Bodenschätze« (focus.de),... Nichts haben sie entdeckt. Das Ganze war eine PR-Aktion für die angeschlagene Obama-Regierung und ihre Kriegsstrategie. In den offiziellen Dossiers des Kabuler Bergbauministeriums (www.bgs.ac.uk/afghanminerals/docs) kann man neben exakten geologischen Beschreibungen der Lagerstätten auch die Entdeckungsgeschichte nachlesen: russisch-afghanische Gemeinschaftsarbeit der sechziger und siebziger Jahre.

Eine wiederveröffentlichte Arbeit französischer Mineralogen von 1978 über die Pegmatite im ostafghanischen Laghman und Nuristan (www.palagems.com) zitiert auch damals publizierte sowjetische Arbeiten. Mit Farbfotos von Turmalinen und anderen Kristallen aus den Sammlungen der Sorbonne versehen, ist die Publikation eine Augenweide. Pegmatite sind spezielle, teils kristalline Ergußgesteine mit hohem Gehalt an seltenen Elementen wie Lithium und Beryllium. Die Pressekampagne serviert dem Publikum die Bedeutung des Lithiums für eingängige zivile Zwecke (moderne Batterien, Mobiltelefone). Über die Anwendung des Metalls beim Bau von U-Booten, Raketen sowie in der Nukleartechnik (Tritiumproduktion, Reaktoren, H-Bombe; Wikipedia) schweigen die Journale... Gute, frei ladbare Karten zu Afghanistan finden sich im Internet, darunter solche sowjetischer Herkunft. Eine Karte von 1982 zeigt bereits die großen Kupfervorkommen des Landes sowie Öl- und Gasvorkommen in der Nordregion. Am 17. 6. schob faz.net nach: »Großes Ölfeld in Kundus entdeckt.« Ja, entdeckt zu Sowjetzeiten – alles schon damals veröffentlicht, den Interventen vor dem 9.11. gut bekannt und zweifellos eines der Ziele der Intervention. Aber das Hauen und Stechen um die Schürfrechte hat gerade erst begonnen. Da wird es noch Überraschungen geben. Nicht die russische und US-Konkurrenz, sondern der chinesische Staatskonzern CMG erhielt den Zuschlag für die riesige Kupfermine Aynak nahe Kabul. Und 2011 soll das Schürfrecht für besagtes Öl/Gas-Feld in »Deutsch-Afghanistan« vergeben werden...

ROLF RICHTER.

Bündnis für den Frieden Eberswalde

Wasser für Xinjiang

Unter der Überschrift »Wie das Wasser in die Wüste gelangt« konnten wir am 14. Juni in der MOZ lesen, daß es an der Eberswalder Hochschule Experten gibt, die sich mit Umweltfragen in China auskennen. Am Schluß konnten wir lesen, daß die Eberswalder Hochschule auch zum Donaurenaturierungsprojekt forscht.

Wo forschen sie noch? Tun sie das auch in Eberswalde? Ich habe darüber noch nichts lesen können. Nun habe ich mich gefragt, mit welchen Projekten aus Brandenburg und speziell aus dem Barnim die Eberswalder Wissenschaftler den Chinesen ihren Expertenstatus auf dem Spezialgebiet »Wasser« nachgewiesen haben. Oder brauchen Wissenschaftler keine Referenzobjekte?

Ich hätte da ein paar Projektvorschläge:

Wie kann man das immer wiederkehrende Hochwasser der Oder zur Bewässerung der austrocknenden Schorfheide nutzen? Oder: Wie kann man fossiles, also sehr wertvolles Grundwasser sparsam einsetzen, damit es auch noch für nachfolgende Generationen reicht? Oder: Welche Möglichkeiten gibt es zum nach-

haltigen Umgang mit Wasser, vorzugsweise durch Mehrfachnutzung in Haushalten mit Hilfe dezentraler Aufbereitungstechnik? Oder: Welche intelligenten Lösungen gibt es zum Rückbau und zur Nachnutzung von infolge Bevölkerungsrückgang nicht mehr benötigten Kanalanlagen und zentralen Klärwerken?

Ich wehre mich gegen die Vorstellung, daß Leute, welche sich Nachhaltigkeit auf die Fahnen geschrieben haben, die Notwendigkeit der Nachhaltigkeit im Umgang mit Wasser noch nicht entdeckt haben. Sind wir etwa daran nicht wirklich interessiert? Gibt es dafür von der Landesregierung etwa kein Geld? Erzählen wir den Chinesen, daß es bei uns selbst mit Wasser gar keine Probleme gibt?

Vielleicht gibt es – später, vielleicht zu spät – dafür Geld, daß uns dann Chinesen sagen, wie man verhindern kann, daß die Schorfheide austrocknet und Brandenburg schrittweise zur Steppe wird. Bekannt sind diese Probleme seit langer Zeit. Wo sind die Experten, die sich ihrer annehmen? JOHANNES MADEJA,

»Wasser in Bürgerhand« (WIB)

Wasser für die biologische Vielfalt

Eberswalde (bbp). Gemeinsam mit den Abgeordneten der anderen Oppositionspartei fordert MdB Sabine Stüber (DIE LINKE) im Bundestag die Regierung auf, Verantwortung für die Verbesserung des Landschaftswasserhaushaltes zu übernehmen. »Anläßlich des internationalen Tages der Biologischen Vielfalt«, erklärt die Abgeordnete, »darf und muß man auch einmal über die Rettung unserer Lebensgrundlagen nachdenken und sprechen. Der Landschaftswas-

serhaushalt gehört zweifelsohne dazu.« Ein naturnaher Landschaftswasserhaushalt bedeutet auch funktionstüchtige Moore als Lebensraum für viele heimische Arten. Gleichzeitig binden intakte Moore CO₂ und leisten damit eine Beitrag zum Klimaschutz. Mit naturnahen Flußauen wird der Hochwasserschutz verbessert, weil den Flüssen mehr Raum gegeben wird. Genau das könne vielleicht bald mit einem Auen-schutzprogramm des Bundes erreicht werden.

Imageschaden durch Intransparenz

Die 50 Hertz-Transmission GmbH hat eine neue Homepage für die »Uckermarkleitung« eingerichtet, die durchaus aufwendig gestaltet ist, aber keine Informationen über die Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens enthält. Deshalb habe ich eine kurze Anfrage an den Pressesprecher der Firma Volker Kamm formuliert:

Ich habe die Informationspolitik von Vattenfall Transmission, des Vorbesitzers des Netzes in Ostdeutschland schon nicht verstanden, weil die Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens zunächst für den Sommer 2009 und dann für das Frühjahr 2010 angekündigt wurde.

Dann kam der Netzverkauf und es hieß, das Planfeststellungsverfahren würde Ende Mai eröffnet werden. Das war eine Auskunft des Herrn Neldner (Managing Director) gegenüber den Landtagsabgeordneten Luthardt, Mächtig und Vogel.

Ich kann es ja verstehen, daß es in einem so komplizierten Verfahren zu Verzögerungen kommen kann, es wäre aber in Ihrem Interesse, wenn der Eindruck in der Öffentlichkeit vermieden würde, daß der Nachfolger von Vattenfall genauso wenig glaubwürdig in seinen Aussagen und intransparent in seinen Planungsschritten ist wie der Vorgänger. Wahr-

scheinlich ist Ihnen gar nicht bewußt, welcher Imageschaden durch die Undurchschaubarkeit Ihrer Strategie angerichtet wird.

Dabei wäre es ganz einfach, wenn Sie in einer kurzen Pressemitteilung erklären würden, daß das Bergamt im Rahmen seiner verantwortungsvollen Prüfung der Planungsunterlagen folgende Prüfaufträge ... erteilt habe, die Ihr Unternehmen zügig abarbeiten werde, um vor der Öffentlichkeit sicherzustellen, daß die Umweltverträglichkeitsprüfung wirklich kompetent und zuverlässig durchgeführt wird.

Es wäre auch hilfreich, wenn Ihre Veröffentlichungen zur Uckermarkleitung klare Aussagen zur Dimensionierung und zu den effektiven Durchflußmengen enthalten würden. Der pauschale Verweis auf die Einspeisung von erneuerbarer Energie ist wenig informativ und deshalb nicht vertrauensbildend.

HARTMUT LINDNER

Schattenseiten des Spektakels

Südafrika gilt international als wichtiger Umschlagplatz für den modernen Sklavenhandel. Viele Kinder kommen aus Mosambik, Angola, Botswana, dem Kongo und Lesotho. Sogar aus Thailand und Rußland werden Kinder geschmuggelt und, wenn sie »verbraucht« sind, in andere Länder weitergeleitet. Allein aus Mosambik werden schätzungsweise jährlich etwa 1.000 Mädchen als Sexsklavinnen oder als Ehefrauen für Minenarbeiter nach Südafrika verkauft. Die WM wird mit den 450.000 überwiegend männlichen Fußballfans dieses Geschäft befeuern. So rechnen die Behörden während der WM mit einem Boom bei Menschenhandel, Entführungen und Kinder-Prostitution. Die örtlichen WM-Organisatoren rechnen mit zusätzlichen 40.000 Prostituierten. An sich ist Prostitution in Südafrika illegal. Doch die Betroffenen haben kaum eine Chance, Mißbrauch anzuzeigen, denn die korrupte Polizei toleriert das Gewerbe und kassiert oft selbst mit ab.

WM kontra soziale Rechte

»Unsere« deutschen Edel-Kicker haben sich für die WM ein Fünf-Sterne-Hotel für 2,5 Millionen Euro gebucht. Dagegen müssen 18 Millionen SüdafrikanerInnen mit weniger als zwei Dollar pro Tag auskommen. Jeder Vierte der 50 Mill. Einwohner ist arbeitslos und – als Folge der rassistischen Spaltung unter der Apartheid – 95% der Armen sind Schwarze.

Die Hoffnung vieler SüdafrikanerInnen, von den 4,5 Milliarden Euro, die der südafrikanische Staat in Infrastruktur und WM-Stadien investiert, wenigstens etwas zu »profitieren«, erweist sich schon jetzt zum großen Teil als Illusion. Die WM-Investitionen gehen teilweise zu Lasten der Sozialausgaben. So hat z.B. der Stadtrat von Johannesburg wegen Überschreitung der Baukosten des WM-Stadions seinen Haushalt um 90 Mill. Euro gekürzt.

Auch Hütten und Häuser vieler Armer müssen den Stadionbauten weichen. Insgesamt geht die UNO von 20.000 Menschen aus, die für die WM zwangsumgesiedelt wurden. So mußten in der Armensiedlung Umlazi im Süden Durban die Bewohner Hals über Kopf ihre Hütten räumen, weil sie zu dicht an der zukünftigen Trainingsarena für die WM-Mannschaften standen. Inzwischen hat die FIFA entschieden, die WM-Teilnehmer in Hotels unterzubringen – das Stadion im Umlazi wird als Trainingsstätte gar nicht gebraucht.

Die meisten von ihnen wohnen jetzt in Wellblechhütten, weit entfernt von Freunden und Verwandten, von Geschäften und ihren Jobs. Die Umsiedlungen reißen Gemeinschaften und soziale Beziehungen auseinander. Diese sind aber in einem Land, in dem weder die Gesundheits- noch die Altersvorsorge funktionieren, für viele Menschen überlebenswichtig.

Proteste gegen diese Vorgänge im Schatten des offiziellen WM-Glimmers gibt es aus Angst vor Repressionen nicht sehr viele. Jeder, der

Unternehmen Fußball

Das Bier ist kühl gestellt und an jeder Ecke gibt es reichlich nationalistischen Klimbim zur Unterstützung von Jogis Kickertruppe. So soll der Arbeiterklasse in Krisenzeiten auch noch der letzte Cent aus der Tasche gezogen werden. Längst hat die Bourgeoisie den einst geschmähten proletarischen Sport als lukrative Profitquelle für sich entdeckt. Nach dem Motto »Brot und Spiele« sollen nun auch die SüdafrikanerInnen ihren trostlosen Township-Alltag vergessen. Doch allen Werbekampagnen der FIFA zum Trotz verschärft die WM aber das Elend der SüdafrikanerInnen und füllt in erster Linie die Taschen der FIFA.

sich weigert umzuziehen, kann nach dem neuen Slumgesetz für fünf Jahre ins Gefängnis wandern. Andere Townships, wie »Joe Slovo« mit 20.000 Einwohnern, das ebenfalls umgesiedelt werden sollte, weil es an der Strecke vom internationalen Flughafen nach Kapstadt liegt, haben durch Proteste erfolgreich ihre Zwangsumsiedlung verhindert. Nicht nur die Townships sind ein Dorn im Auge der WM-Organisatoren, sondern auch die Obdachlosen. Sie werden von der Polizei ebenso von der Straße »gesäubert« wie obdachlose Kinder, die mit Lastwagen in »safe areas« gebracht werden. Augenzeugen berichten, daß die Polizei dabei mit extremer Brutalität vorgeht.

All diese Maßnahmen sichern die Milliarden-Profiten der FIFA. Bettler vor den Kaufhäusern würden ja die Kauflaune der Touristen stören. Auch das Essen soll natürlich nicht beim Straßenhändler gekauft werden, sondern bei den von der FIFA bestellten teuren Cateringfirmen. Rund eine halbe Million Straßenhändler, von denen das Überleben von Millionen Menschen und ihrer Familien abhängt, werden aus den Stadionbereichen ausgeschlossen. Um unbequemer Meinungsbildung zu den Mannschaften der FIFA vorzubeugen, dürfen im Umkreis von 800 m und um die Stadien keine Zeitungen verkauft werden. Ebenso behält sich die FIFA das Recht vor, Akkreditierungen auch für ganze Redaktionen nach unliebsamer Berichterstattung zurückzuziehen.

Reclaim the game!

Aber nicht nur für den Großteil der SüdafrikanerInnen, auch für die Fußballfans ist die WM kein wahres Freudenfest. Von den rund 3 Millionen Eintrittskarten gingen allein 1,5 Millionen an Sponsoren, VIPs, Verbände und TV-Rechte-Inhaber. Bei Ticketpreisen von bis zu 650 Euro sind sie für den Großteil der südafrikanischen Bevölkerung unerschwinglich. Aber auch die Lohnabhängigen aus westlichen Ländern können sich angesichts von Preisen um die 3.000 Euro für einwöchige WM-Pauschalreisen die WM nur im Fernsehen ansehen. Kein Wunder also, das in der BRD bisher nur 35.000 Tickets verkauft wurden.

Was hier zählt, ist nicht die Fankultur, sondern das Megageschäft, mit dem die FIFA mehr Umsatz macht als manch großer Konzern. Seit 2003 machte die FIFA – in der Schweiz als nicht gewinnorientierter Verein registriert – durch Verkauf von Marketing- und TV-Rechten mehr als eine Milliarde Dollar

Gewinn. 1970 waren es sechs Millionen. Auch hierzulande verbuchen DFL und DFB aus dem Fußballgeschäft Rekorderlöse. Um an diesem Kuchen teilzuhaben, führen die Vereine, die mittlerweile zu stinknormalen Unternehmen oder sogar Aktiengesellschaften verkommen sind, einen harten Konkurrenzkampf auf Kosten der Fans. Um Stadionneubau- und Umbauten zu finanzieren, verschwinden zunehmend billige Stehplätze für teure Sitzplätze und VIP-Loungen. Der Fan wird so immer mehr zur Staffage, einzig dazu da, abgezockt zu werden. Gewachsenes proletarisches Fan-Milieu wird weltweit durch die Bourgeoisie und ihre Fußballmanager zugunsten einer gewinnorientierten Fußballindustrie zerstört.

Oft sind Fußballfans aber auch Versuchskaninchen für den Ausbau von Polizeirepression: Videoüberwachung, namentlich ausgestellte Eintrittskarten, Präventivhaft, Grenzkontrollen trotz Schengen Abkommen, Hooligan-Datensätze oder eben übermäßige Polizeigewalt selbst in den Stadien, die oft erst Gewalt der Fans provoziert.

Große Turniere wie die WM in Südafrika haben natürlich gerade in Krisenzeiten auch eine nicht zu unterschätzende ideologische Funktion. Der Bevölkerung wird klassenübergreifend nationale Begeisterung und Einheit abgefordert. Bei solchen Events steht also der eigentliche Sieger schon vorher fest: Konsumterror und dröhnender Nationalismus.

Linke sollten deshalb gemeinsam mit Fans für selbstverwaltete Fan-OrdnerInnen-Dienste eintreten, die gegen Gewalt und rassistische Provokationen in den Fankurven vorgehen. Bullen haben in und vor Stadien nichts zu suchen! Alle Sportereignisse müssen kostenlos per TV zur Verfügung stehen! Fans müssen wieder die Kontrolle über ihre Vereine erhalten – Manager und Geschäftemacher raus!

Der Kampf gegen Repression und Geschäftemacherei im Fußball kann aber nur erfolgreich sein, wenn er mit dem Kampf gegen die Krise verbunden wird. Besonders eng wird diese Beziehung gerade auch in den Sportartikel-Konzernen, die Milliarden mit überteuerten Marken-Artikeln verdienen, die meist von asiatischen BilliglöhnerInnen hergestellt werden.

Denn letztlich richtet sich der Kampf der von Entlassung oder Kurzarbeit Bedrohten, der Kampf gegen Überausbeutung und Frauenunterdrückung gegen denselben Gegner: die Bosse, Manager und Großaktionäre.

JANOSCH JANGLO, Gruppe Arbeitermacht

Kunst trifft Wirtschaft

Ein Projekt des WIR e.V. und des Kunstvereins »Die Mühle« e.V.

Wir wollen auf die Eisenbahnstraße aufmerksam machen, mehr Leben in die Straße holen und die Aufenthaltsqualität erhöhen. Dazu soll das Potential, das die Straße zu bieten hat, und das in den Bürgern dieser Stadt steckt, aus dieser Straße etwas zu machen, genutzt werden. Es ist ein Projekt im Rahmen der Initiative der IHK Ostbrandenburg »Stadtzentren, die bewegen«.

Die Grundidee besteht darin, an Gebäuden, auf Hinterhöfen, in Geschäften und auf der Straße bleibende oder vergängliche Kunstwerke zu schaffen. Sie sollen zum Blickfang werden. Mit ihnen soll auf bestimmte Gebäude aufmerksam gemacht werden. Häßliche Ecken sollen attraktiver gestaltet werden. Leerstehende Geschäfte belebt werden – wie z.B. durch die Schaufenstergedichte im Geschäft Ecke Sandbergstraße.

Bis zum Sommer 2010 sollen erste Projekte mit Unterstützung der Wirtschaft durch z.B. das Stellen von Material oder das Organisieren von Zustimmungen der Hausbesitzer oder der Stadtverwaltung umgesetzt werden. Der erste Höhepunkt soll das Fest am 28. August in der Straße sein, zu dem alle bis zu diesem Zeitpunkt entstanden Kunstwerke präsentiert werden. Die Eberswalde und Gäste können an diesem Tag die Kunstwerke bestaunen, sich mit ihnen beschäftigen oder sogar noch einige selbst mitgestalten. Eine in der Stadt zu bildende Jury wird das bis zu diesem Tag entstandene interessanteste Kunstprojekt auszeichnen.

Der Kunstverein »Die Mühle« e.V. möchte in die Umsetzung des Konzeptes die Ideen vieler Eberswalde einfließen zu lassen. Künstler oder solche, die es werden wollen, aus ganz Eberswalde sind aufgerufen, vom Bahnhof bis zur Friedensbrücke durch die Eisenbahnstraße zu

gehen und Gestaltungsvorschläge zu machen. An der Gestaltung der kleinen und großen, bleibenden oder vergänglichen Kunstwerke sollen einzelne oder Gruppe von Künstlern, Kitas, Verein, Studenten, Schulklassen mit ihren Lehrern und Eltern, ja auch einfach nur Passanten Freude haben.

Sommer in der Mühle

Noch bis zum 27. Juni.: Christian Metzner

»POESIE DES AUGENBLICKS«

3. Juli - 29. August: Günter Rinnhofer

»FOTOGRAFIE – Bilder aus 40 Jahren«

Vernissage: 3. Juli, 14.30 Uhr

Die kreativen Ideen der Eberswalder sind nun gefragt! Deshalb richten wir heute an die Eberswalder Bevölkerung den Aufruf: Gehen Sie, geht ihr einmal wieder vom Bahnhof bis zur Friedensbrücke zu Fuß, schaut euch alles genau an, entdeckt Altes und Neues, schon Gewachsenes in der Straße und macht Vorschläge für eine weitere bessere Gestaltung.

Wir in den beiden Vereinen prüfen dann gemeinsam mit den Gewerbetreibenden, den Hausbesitzern und der Stadtverwaltung, ob diese Ideen umgesetzt werden können. Natürlich wird das nicht so einfach sein, denn z.B. wohnt nicht jeder Hausbesitzer in der Stadt und hat ein Interesse daran etwas zu verbessern. Aber wir versuchen Schritt für Schritt voran zu gehen.

Die Vorschläge sind zu richten an den Kunstverein »Die Mühle« e.V., Am Zainhammer 3b, 16225 Eberswalde oder per Mail an muehle@fh-eberswalde.de oder per Telefon unter 03334 655 27.

Wir freuen uns auf die Ideen und das tatkräftige Mitwirken der Eberswalder!

Die Mühle e.V.

Fußballverein Motor Eberswalde: Wie eine Stadt stirbt

Im Jahr 1990 hat uns der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl für die neuen Bundesländer blühende Landschaften versprochen. Wo sind sie – heute, im Jahr 2010?

Zuerst wurden unsere großen Betriebe abgewickelt wie der Kranbau, das Walzwerk, der Rohrleitungsbau und viele andere. Dann wurden die Handelsbetriebe HO und Konsum zerschlagen. Ihre Kaufhallen stehen heute nur noch als Ruinen in unserer Stadt. Nach diesen kam die Kultur an die Reihe. Kultureinrichtungen wurden einer anderen Verwendung zugeführt. Aus dem Haus der Kultur wurde Neckermann, der Specht wurde heruntergewirtschaftet, die einst stolze Waldbühne fiel der Spitzhacke zum Opfer, das Passage-Kino verkommt.

Nun soll auch noch der Sport in unserer Stadt sterben. Funktionäre des Fußballvereins Motor Eberswalde wollen mit dem FSV Bernau einen neuen Verein, den FC Barnim gründen. Seit nunmehr 101 Jahren wird in unserer Stadt Fußball gespielt. Motor war ein Teil unserer Stadt, wenn auch öfter der Name wechselte.

Die Spiele des neuen Vereins sollen im Männerbereich alle in Bernau in den Rehbergen ausgetragen werden. In Eberswalde würde Motor sterben. Es gäbe kein Brandenburgliga-Fußballspiel mehr in dieser Stadt.

Unter den Anhängern und Fans der Motor-elf ist der Unmut groß. Es wird offen der Rücktritt der Vereinsführung gefordert. Was tut die Stadtführung, um den Fußball in Eberswalde zu retten? So kann es nicht mehr weiter gehen!

In einigen Jahren steht dann das Paul-Wunderlich-Haus – der Stolz unserer Stadtviertel – in Bernau. In Eberswalde darf alles sterben.

Kämpfen wir gemeinsam für den Erhalt von MOTOR EBERSWALDE!!!

UDO WOLFGRAMM

Bitte ausschneiden, unterschreiben und in einem frankierten Fensterumschlag absenden!

Den Krieg in Afghanistan beenden - zivil helfen!

Wir fordern von Bundestag und Bundesregierung

- den Stopp aller Kampfhandlungen,
- den sofortigen Beginn des Abzugs der Bundeswehr aus Afghanistan,
- den Einsatz der frei werdenden Gelder zur Verbesserung der Lebensbedingungen der afghanischen Bevölkerung nach deren Bedürfnissen.

So haben ein selbstbestimmter Friedensprozess und der zivile Aufbau in Afghanistan eine Chance.

Friedens- und Zukunftswerkstatt
c/o Gewerkschaftshaus
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 - 77
60329 Frankfurt am Main

Vor- und Zuname	Anschrift	Unterschrift

Die Unterschriftensammlung wird von einem breiten Bündnis der deutschen Friedensbewegung getragen. Zu den Erstunterzeichnerinnen gehören u. a. folgende bundesweite Organisationen: Aktiongemeinschaft für den Frieden (AGDF) - Bundesratsrat für Friedensratschlag, Bund für Soziale Wirklichkeit (BSW) - Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFV-KVG), Internationaler Versöhnungsrat, Deutscher Friedensrat, Antirassistischer und Antifaschistischer Bund, Antirassistischer und Antifaschistischer Bund (ARAF) - Informationsbüro für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. (IPAM) - Kooperation für den Frieden - Multinationales Institut für Frieden und Zukunftspolitik - paz christi, Internationales Katholische Friedensbewegung, Deutsche Seelhilfe - Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten (VVN-BAA)

KlimaKisten aus dem Bundestag

Klosterfelde/Eberswalde (bbp). Im Rahmen des Aktionsprogramms »Klimaschutz in Schulen und Bildungseinrichtungen« übergeben die beiden Barnimer Bundestagsabgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann und Sabine Stüber jeweils eine KlimaKiste an eine Barnimer Schule.

Die Klimakiste ist eine Art gut gefüllte Werkzeugkiste, in der sich, individuell je nach Altersstufen, technische Meßgeräte, Instrumente sowie Informationsmaterialien befinden. Mit deren Hilfe sollen Klimawandel und Energieeinsparpotentiale von den Kindern und Jugendlichen besser verstanden werden.

Dagmar Enkelmann übergibt ihre KlimaKiste am 24. Juni an die Schülerinnen und Schüler der Grundschule Klosterfelde. In der »Kiste« für Grundschulen befinden sich jede Menge Informations- und Übungsmaterialien, mit deren Hilfe sich die Kinder mit dem Klimaschutz vertraut machen können. Ziel ist es auch, in den Schulen selbst Energielecks aufzuspüren oder im Alltag Energie einzusparen.

Am 28. Juni wird Sabine Stüber, in der Bundestagsfraktion der LINKEN für Natur- und Artenschutz zuständig, eine Klimakiste für weiterführende Schulen an die Karl-Sellheim-Schule in Eberswalde-Westend übergeben. In dieser Kiste befinden sich u.a. fünf Energiemo-

nitore, Infrarotthermometer, Wasserdurchflußmengen-Meßbecher oder ein CO₂-Meßgerät. Damit können die Schülerinnen und Schüler selbst erproben, wie sich z.B. der CO₂-Gehalt der Raumluft während der Unterrichtsstunde ändert, wieviel Wasser aus dem Wasserhahn läuft, wenn man sich bei fließendem Wasser die Zähne putzt oder spielerisch erfahren, wieviel Strom ihr PC beim »Surfen« im Internet verbraucht. »Ich finde es enorm wichtig, daß bereits Kinder und Jugendliche ein Verständnis für den Klimaschutz und einen verantwortungsbewussten Umgang mit natürlichen Ressourcen entwickeln. Klimaschutz beginnt mit dem individuellen Handeln, wobei jede und jeder, selbst mit einfachen Mitteln, dazu beitragen kann«, meint Sabine Stüber.

Die Klimakisten sind Teil des Aktionsprogramms »Klimaschutz in Schulen und Bildungseinrichtungen« und soll diese bei ihren Klimaschutzprojekten unterstützen. Begleitet wird das Aktionsprogramm vom gemeinnützigen Verein »Bildungscnt e.V.«. Das Programm läuft seit 2008 und wird seinerseits vom Bundesumweltministerium gefördert.

Insgesamt beteiligen sich 1400 Schulen an der Aktion, bei der sie auch eigene Anstrengungen zur CO₂-Minderung nachweisen müssen. Weitere Infos gibt es in den Wahlkreisbüros von Dagmar Enkelmann in Bernau und Sabine Stüber in Eberswalde oder unter www.bildungscnt.de.

Für Jazz- und Wanderfreunde

26. Juni. Samstag, Wanderung im Gamengrund 2. Teil 2-Seen-Wanderung auf dem 66-Seen-Wanderweg im LSG Gamengrund zum Langen See und Mittelsee bei Leuenberg und zurück, 8 km, leicht, ca. 2,5 Stunden. Wanderleiter ist Knut Nikoleit vom Naturwacht Gamengrund e.V. Treff: 13.30 Uhr, Forsthaus Leuenberg, Bahnhofstr. 13, 16259 Höhenland Ortsteil Leuenberg.

27. Juni. Sonntag, Jazzkonzert in Oderberg Internationaler Swing, Jazz, Dixieland, Big Band, Chanson mit der East Star Band aus Berlin im Museumspark in Oderberg. Der alte Schaufelraddampfer RIESA dient als Bühne. Für das leibliche Wohl wird bestens gesorgt. Eintritt: 8 Euro (NaturFreunde 7 Euro). Treff: 11 Uhr

27. Juni. Sonntag, Radtour im Nationalpark Unteres Odertal, entlang dem Oder-Neiße-Radweg bis Stolpe zum Grützpot. Zurück entlang der Hohensaaten-Friedrichsthaler Wasserstraße über Stolzenhagen nach Hohensaaten ca. 30 km. Tourleiter Hans-Jürgen Müller. Treff: 10 Uhr Kirche Hohensaaten.

4. Juli. Sonntag, Döbellinseewanderung Insel Neuenhagen und Puppenspiel, 5 km, entlang dem ehemaligen Bahndamm vorbei an uralten Weiden und mit Wasser gefüllten ehemaligen Baggerlöchern bis zum Döbellinsee und zurück. Am Ende der Wanderung ist gegen 16.30 Uhr der Besuch des Puppenspiels für Kinder und Erwachsene »Hochzeit Hans von Uchtenhagen« im Schloßkeller möglich. Treff: 14 Uhr Kirche in Neuenhagen. (Infos unter 03344/333200).

BERND MÜLLER

www.bar-blog.de

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

Anzeige

Ferienwohnungen Manfred Fleege

Carwitzer Straße 26
17258 Feldberger Seenlandschaft
Tel. 039831/52943, Fax: 039831/22148

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telex: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Gerd Markmann,
Frank Müller, Albrecht Triller

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18

redaktions-schluß: 19. Juni 2010

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 7.8.2010, 12 Uhr.